

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1930

22 (27.1.1930)

Volkstreu

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 gepaltene Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, 50 gepaltene Millimeterzeilen und Stielzeile 8 Pfennig. Die Resten-Millimeterzeile 5 Pfennig. Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, der bei Nichterhaltung des Zeitungspreises, bei geringerer Verbreitung und bei Anzeigen außer Kraft tritt. — Erläuterungen und Geschäftsbedingungen: Karlsruhe 1. B. o. Schulstr. der Universitätsbibliothek 8 Uhr vormittags

Beilagen: Illustrierte Wochen-Beilage „Volk und Zeit“
Die Musikstunde / Sport und Spiel / Heimat und Wandern
Sozialistisches Jungvolk / Frauenfragen — Frauenschutz

Bezugspreis monatlich 2.50 M. — Ohne Zustellung 2.70 M. — Durch die Post 2.66 M. Einzelpreis 10 Pf. — Sonntags 15 Pf. — Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe 1. B., Waldstraße 28 o. Jerrus/ 7020 und 7021 o. Dolfsfreund-Verlag: Durlach, Mayortstraße 22; Baden-Baden, Alferstraße 6; Rastatt, Rastattstraße 2; Offenburg, Gutenbergstr. 81

Nummer 22

Karlsruhe, Montag, den 27. Januar 1930

50. Jahrgang

Sozialistischer französischer Parteitag

Regierungsbeteiligung mit 2066 gegen 1507 Mandate abgelehnt

Ein Kompromiß: grundsätzlich weder Ja noch Nein

Beginn des Parteitags

Paris, 25. Januar (Eig. Draht.)

Der außerordentliche Parteitag der französischen Sozialistischen Partei hat am Samstag in Anwesenheit von über 100 Delegierten und zahlreichen Vertretern aus dem Auslande sofort mit höchst temperamentvollen Debatten begonnen.

Der Abg. Kamabour brachte zu Beginn der Sitzung eine Entschließung ein, in der er verlangte, daß, was auch immer auf dem Parteitag beschlossen werden würde, die Einheit der Partei gewahrt und unerschüttert bleiben müsse, zumal es sich im Grunde genommen nur um rein taktische Diskussionen handele. Diese Entschließung gab dem Abgeordneten Paul Boncour, dem langjährigen Vorkämpfer des Regierungseintritts der Sozialistischen Partei, Anlaß zu einer prinzipiellen Erklärung. Er wünschte, betonte Paul Boncour, vor allem darüber beruhigt zu sein, wie die regierungsfremdliche Mehrheit der Partei ihren heute mit mathematischer Sicherheit zu erwartenden Sieg künftig auszunutzen gedenke.

Es wäre eine Katastrophe, nicht nur für die Partei, sondern für die französische Republik und die demokratische Idee in ganz Europa, wenn die französischen Sozialisten prinzipiell und absolut jede Mitarbeit an einer demokratischen Vorkriegsregierung ablehnten.

Wichtig auf die Parteieinheit dürfte nicht immer über alles gehen. Es habe man sich auch in Tours von den Kommunisten trennen müssen.

Wenn heute die Partei ihr demokratisch-sozialistisches Ideal aufgeben und mit den Kommunisten Frieden zu machen suche, dann werde er, Boncour, seine volle Handlungsfreiheit wieder ergreifen.

Niemals werde man ihn dazu zwingen können, einen Entschluß anzunehmen, den er mit seinem Gewissen nicht vereinbaren könne. So a. B. werde er es nicht hinnehmen, daß die Partei das Prinzip der nationalen Verteidigung ablehne unter dem Vorwand einer inneren Stärkung ihrer Ideale.

Generalsekretär Paul Faure protestierte gegen die Ausführungen Boncours und erklärte, daß die Sozialistische Partei es nicht nötig habe, ihr Ideal bei anderen zu suchen. Sie sei und bleibe die Partei des Kampfes gegen den Kapitalismus, sie sei und bleibe gewarnt von Moskau und beabsichtige keineswegs, einen Schritt nach in Richtung nach den Kommunisten zu tun. Allerdings sei eine andere Auffassung notwendig; denn man habe in der letzten Zeit den Parteideal manchmal zu sehr übersehen und manchmal zuviel „Politik“ getrieben. Gewiß würden die Sozialisten das Vaterland gegen einen Angriff von außen her verteidigen, aber sie könnten und dürften es nicht zulassen, daß die ganze Wissenschaft, der ganze Fortschritt in den Dienst des Krieges gestellt würde und das Militärbudget alle finanziellen Kräfte des Landes zum Nachteil der notwendigen Sozialreform verfrachte. Es sei also höchst bedauerlich, daß Paul Boncour mit einer „Gewissensfrage“, wie er es nannte, Verwirrung stifte und mit einer Spaltung drohe, für die kein Grund und kein Anlaß gegeben sei.

Der Abg. Renaudel seinerseits betonte, daß seine Ansichten über die nationale Verteidigung keineswegs dieselben seien wie die Boncours.

Die Sozialisten hätten an der Seeresform und an der Organisation der Grenzverteidigung höchst aktiv mitgewirkt, sie hätten damals das Meer und seine neue Ausgestaltung gegen die Kommunisten verteidigen müssen. Sie könnten und dürften sich heute nicht desorientieren.

Am übrigen, erklärte Renaudel, verlange er, daß der Widerstand in der Partei, die seit dem Parteitag von Nancy nicht mehr im Bestand vertreten sei, ihr Recht zuteil werde. Sie habe sich niemals ihren Pflichten zu entziehen versucht, sie könne dafür aber auch beanspruchen, daß man von der Parteileitung aus über ihre Forderungen nicht vollkommen diskussionslos zur Tagesordnung übergehe.

Die Debatte um die Beteiligung

Wieder die Debatte auf dem Kongreß wird uns aus Paris gebracht:

Die Generalversammlung wurde in der Nacht zum Sonntag um 3 Uhr mit der Einsetzung einer Kommission zur Ausarbeitung einer Entschließung beendet. 1442 Delegierte stimmten für die Zusammenfassung dieser Kommission aus Angehörigen der Regierungsbeteiligung, 1982 für die Zusammenfassung aus Generalen. 182 Delegierte stimmten für einen vermittelnden Kompromiß.

Die Diskussion verlief nach dem außerordentlich lebhaften Auftakt der ersten Kontroverse zwischen Boncour und Paul Faure ziemlich ruhig. Die Vertreter der beiden Strömungen in der Partei übten eine laute und gründliche Aussprache, die zwar temperamentvoll geführt wurde, jedoch in keinem Augenblick auch nur zu einem geringen Zwischenfall Anlaß gab. Alle Redner stimmten

übrigens darin überein, daß die Frage der Regierungsbildung als rein praktische Frage zu betrachten sei und zu keiner Spaltung Anlaß geben könne.

Im Verlauf der Diskussion hatte insbesondere der einstige Abgeordnete und Vizepräsident der Kammer, Groussier, ein alter weißhaariger Veteran der sozialistischen Partei starken Eindruck zu verzeichnen. Er erklärte,

früher oder später müsse die Partei doch unter dem Druck der Tatsachen in die Regierung eintreten.

Aber hier liege nicht die Frage, die Frage sei vielmehr die, ob die Sozialisten innerhalb oder außerhalb der Regierung sie selbst am besten nach sozialistischen Idealen gestalten könnten. Als er noch der Kammer angehört habe, habe Millerand aus der Partei ausgestoßen werden müssen, weil er in das Kabinett Waldeck-Rousseau eingetreten sei.

Man habe seinerzeit zunächst gegen dieses Kabinett gestimmt. Als es dann aber von der Reaktion beherrscht worden sei, habe man dem gleichen Kabinett treue Unterstützung bewiesen.

Diese Stimmungsänderungen hätten der Partei damals nichts geschadet. Die Hauptsache sei, daß die Partei ihr Ziel, die Sozialisierung der Gesellschaft weiter verfolge.

Emile Kahn, der als Vorkämpfer für die Regierungsbeteiligung bekannt ist, warf vor allem die Frage auf, ob die Partei nicht auch die Pflicht habe, die Reaktion zu bekämpfen, was es nur möglich sei. Wollte man jetzt Tardieu, einen so energiegelassen modernen zielstrebigeren Ministerpräsidenten ruhig gewähren lassen? Man müsse doch vernünftigerweise zunächst versuchen, Teilhabe zu erringen, um damit den Endzweck sicherzustellen.

Mit dem Abgeordneten Lebas kam einer der Führer der „Antiregierungsfraktion“ zu Wort. Es wäre Selbstmord gewesen, erklärte der Redner, wenn die Partei das Angebot Daladiers angenommen hätte. Die Verschlagene des Sozialversicherungsgesetzes, die Genehmigung des Flottenbauprogramms für die nächsten Jahre und die neuen Festungsbauten zeigten deutlich, wie reaktionär und sozialistischerfeindlich die Kammer sei. Es sei also ausgeschlossen, daß in ihr eine entscheidende Linksregierung eine Mehrheit finden könnte. Nach weiteren kurzen Ausführungen schloß Paul Faure die Debatte ab. — Ein Kabinett Daladiers wäre nicht im Stande gewesen, die Macht in der Hand zu halten. Wie Recht man hatte, das Angebot Daladiers abzulehnen, sei am besten die Tatsache, daß die Sozialisten aus seinem Heimatwahlkreis sich weigerten, die Regierungsbeteiligung auszusprechen hätten. Im übrigen sei es jetzt genug des Streitens um diese Frage. Weil die Widerheit sich mit dem Entschluß des Delegiertentages nicht haben aufreibegeben wollen, habe die Partei zwei volle Arbeitsmonate verloren. Er selbst sei a priori und unter allen Umständen gegen die Regierungsbeteiligung. Aber es gelte jetzt vor allem und er hoffe dabei die volle Mithilfe der Widerheiten zu finden, die Partei durch Propaganda so zu stärken, daß sie nach den Wahlen von 1932 auch wirklich mit Erlaß des Kabinetts der Regierungsmacht errufen könne. Er sei sich vollkommen klar darüber, daß die Sozialisten in der Regierung Entschwebendes tun könnten, so a. B. hätte er, wenn er Ministerpräsident wäre, die Einbindung der Flottenkonferenz nicht angenommen, um dort vielleicht langsam vorzubereiten, sondern er hätte genau dem Beispiel Dänemarks folgend, wirklich bis zum äußersten abgerufen.

Im Schlußwort forderte der Parteiführer Leon Blum in eindringlichen Worten zur Disziplin, Einheit und zum Gehorsam im Dienste des Parteideals auf.

Die Kompromißentschließung

Paris, 26. Jan. Der vom Bürgermeister von Nombair, Lebas, im Namen der Mehrheit vorgetragene Entschlußentwurf, dem mit 2066 gegen 1507 Stimmen die Priorität zuerkannt worden ist, lautet:

- Der Kongreß möge erklären,
1. daß er der Charta der Partei, treu zu bleiben gedenkt;
 2. daß er den Beschluß des Nationalrates vom 28. und 29. Oktober 1929 billigt;
 3. daß die Partei stets bereit ist, die Verantwortung für die Regierung zu übernehmen und zwar entweder allein oder mit der Mehrheit und der Leitung der Regierung durch von der Partei gewählte sozialistische Minister, die ein Regierungsprogramm zur Anwendung bringen sollen, das als sozialistisch erkennbar ist;
 4. daß der Gedanke einer eventuellen Beteiligung der Sozialisten an einer Koalitionsregierung zunächst ausgeschlossen werden muß, unter der gewöhnlichen Legislaturperiode und nur im Falle von außergewöhnlichen Umständen ins Auge gefaßt werden könnte, außergewöhnlichen Umständen, die als solche von einer freien beschlußfassenden Versammlung der Partei anerkannt werden, entweder durch einen Kongreß oder durch eine Beratung des Nationalrates, wobei eine Zweidrittelmehrheit der Bezirksverbandsmandate erforderlich sein soll.

Der Beschluß des französischen sozialistischen Parteitages zur Beteiligung an der Regierung, ist ganz offensichtlich das Produkt einer gewissen inneren Schwäche der französischen sozialistischen Partei und auch aus einer starken Verlegenheit heraus erwachsen. Das Kabinett Tardieu hat sich inzwischen als ein solches erwiesen, das selbst stark genug ist, die Politik des Landes zu führen, ohne auf die Hilfe der Sozialisten angewiesen zu sein. Tardieu braucht zunächst die Sozialisten nicht, die sich durch den Beschluß ihres Nationalrates vom 29. Oktober 1929, während der letzten Regierungstrife nach dem Sturz Briands, selbst ausgeschaltet hatten. Der Beschluß des Nationalrates damals gegen die Beteiligung an einer Regierung wurde mit 1590 gegen 1451 Stimmen gefaßt, also mit einer außerordentlich geringen Mehrheit. Die sozialistische Fraktion im französischen Parlament war in ihrer Mehrheit für die Beteiligung, beugte sich aber dem Beschluß des Nationalrates, stellte jedoch die Forderung, daß ein Parteikongreß zu entscheiden habe. Das ist nun gestern auch geschehen, aber, wie immer der Kongreß sich gestern entschieden hätte, die Entscheidung hätte momentan praktische Bedeutung nicht erlangen können, weil, wie schon erwähnt, das Kabinett Tardieu bereits auf die Sozialisten gar nicht angewiesen ist.

Die angenommene Entschließung ist ein solches Kompromißwerk, daß jeder Sozialist und jede sozialistische Gruppe in Frankreich ihn nach Belieben auslegen kann; wenn auch unverkennbar die getriggerte Entschließung einer Beteiligung an einer Koalitionsregierung mehr Raum und Möglichkeiten gewährt, als es bisher der Fall war.

Es ist ja richtig, daß gerade die französische sozialistische Partei mit der Beteiligung an einer bürgerlichen Regierung, d. h. mit dem sogenannten Ministerialismus, früher nicht gerade freundliche Erfahrungen gemacht hat. Das Experiment Millerand und auch die Beteiligung der Sozialisten an der französischen Regierung während des Krieges, haben Ergebnisse gezeitigt, die außerordentlich lange und nachhaltig auf die Auffassung der französischen Sozialisten wirkten. Aus der französischen sozialistischen Partei heraus ist die Beteiligung an bürgerlicher Regierung zu einer solch vorzeitigen, also ungemäßen Gelegenheit unternommen worden, daß für das innere Gefüge der Partei und für ihre politisch-propagandistische Kraft erhebliche Nachteile erwachsen sind, denen kaum ein politischer Gewinn gegenüberstand. Heute haben sich aber in Europa die Dinge derart gestaltet, daß es nach unserer festen Überzeugung sowohl im Interesse der lebensnotwendigen Friedensarbeit in Europa, wie im Interesse der internationalen sozialistischen Bewegung und der Arbeiterklasse im allgemeinen liegt, wenn in der französischen Regierung die Sozialisten gemäß ihrer Stärke vertreten sind und Einfluß ausüben vermögen. Die französischen Sozialisten standen besonders in den letzten Monaten vor der auch für sie nicht geringen Gefahr, für lange Zeit als entscheidend in Frage kommenden Faktor bei Regierungsbildungen ausgeschaltet zu werden. Sie haben gestern offenbar auch diese Gefahr erkannt und diese Erkenntnis, in Verbindung mit der weiteren Gefahr einer drohenden Parteispaltung, hat die Kompromißresolution gezeitigt, die so fürchten wir, für die französische sozialistische Partei keine Kraftquelle darstellt, falls sie plötzlich und durch politische Konstellation gezwungen, doch in eine Regierung eintreten muß.

Aus dem Elsaß

Antimilitaristische Propaganda

Paris, 26. Jan. Nach einer Agenturmeldung aus Straßburg soll in Elsaß-Lothringen eine weitverzweigte kommunistische Organisation entdeckt worden sein, die sich mit antimilitaristischer Propaganda beschäftigt habe. Es seien bereits fünf Militärpersonen, die sämtlich dem 12. Artillerieregiment in Sagenau angehören und aus der Pariser Gegend stammen, verhaftet worden. Sie hätten in den Kasernen kommunistische Flugchriften verteilt oder verteilen lassen. In Nancy sei eine Zivilperson festgenommen worden.

Ersatzwahl zur französischen Kammer

Paris, 26. Jan. Bei den Kammerwahlen in Rappoltsweiler ist heute ein endgültiges Ergebnis nicht erzielt worden. Es muß Stichwahl stattfinden. Die Stimmen verteilten sich bei der heutigen Wahl wie folgt: Der nationalfranzösisch eingestellte katholische Kandidat Nieder erhielt 4829 Stimmen, der Kandidat der Republikanischen Volksvereinigung Dornier 3844, der sozialistische Kandidat Rieth 3182 und der Kommunist Malch erhielt 273 Stimmen.

Einigung beim Zündwarenmonopol

Die Regierungsparteien hielten eine interfraktionelle Besprechung ab, in der sie sich auf einen Kompromißvertrag zum Zündwarenmonopol einigten.

Darnach bleibt das monopolistische Kontingent der Großverkaufsgesellschaften der Konsumvereine in der von der Regierungsvorlage vorgegebenen Höhe (23.000 Normallisten für die Hamburger, 3700 Normallisten für die Kölner Organisation) bestehen. Eine Kürzung tritt aber ein bei den Steigerungsanlagen, die die Regierungsvorlage alljährlich für die Kontingente vorgegeben hat. Der Steigerungsplan vermindert sich nach dem Kompromißvertrag für die Hamburger Organisation von 245 auf 230 Normallisten, für die Kölner Organisation von 56 auf 37 Normallisten.

Die von der Vorlage vorgegebenen Kleinverkaufspreise werden durch den Kompromißvertrag zu Kleinverkaufspreisen herabgesetzt, also zu Festpreisen gemacht, die nicht überschritten, aber auch nicht unterboten werden dürfen. Die Abweichung von diesen Preisen soll nach dem Kompromiß bestraft werden. Der Festpreis soll 30 Pfennig pro Paket betragen.

Der Haushaltsausschuß des Reichstags nahm die Vorlage am Samstag an.

Damit ist zugleich die langfristige zehn Jahre un kündbare Kreditschuldung in Höhe von 125 Millionen Dollar, verzinstantwärtig zu 6 Prozent jährlich, gesichert.

Alarmruf gegen Finanz- und Industriekapital

Der Gesamtverband, d. h. die berufliche wirtschaftliche Interessengruppe der in öffentlichem Dienst tätigen Arbeitnehmer, der 700.000 organisierte Arbeitnehmer vertritt, welche rund 80 Prozent aller Arbeiter der Städte und Gemeinden umfassen, richtet zur Aufrechterhaltung der Öffentlichkeit eine Kundgebung an die weitesten Kreise, worin eine Verhinderung der öffentlichen Aufträge zur Entlastung des Arbeitsmarktes dringend gefordert wird. Es wird darauf hingewiesen, daß es ein Verbrechen wäre die gesamte wirtschaftliche Rationalität zu einem großen Schaden gegen die öffentliche Wirtschaft auszuhebeln und wenn die Preisinduzierung zwecks Vergrößerung der öffentlichen Betriebe die Gefahr eines Ausverkaufs der öffentlichen Wirtschaft an private in- und ausländische Kapitalgruppen in unmittelbarer Nähe gerückt, demgegenüber die öffentliche Wirtschaft produktive Erwerbsloshilfe bedeutet. Wichtiges Erfordernis ist die Gleichstellung der Finanzen der Kommunen durch die Freigabe des Anleihemarktes. Zu erwägen sind weiterhin gemeinsame Schritte der öffentlichen Körperschaften um den in den letzten Wochen sich mehrenden Kreditkündigungen durch die privaten Banken entgegenzutreten. Der konzentrierte Antritt des Finanzkapitals muß auf einen starken Geßner stoßen.

Marburger Studenten und preussischer Unterrichtsminister

Am Anschließ an die aus Marburg mitgeteilten Studentenvorwürfe schreibt die deutsche Hochschulgilde Sarnot der Frankf. Ztg.: Es ist unklar, daß an den Vorfällen in der Marburger Universität anlässlich des Besuchs des Preussischen Ministers für Wissenschaft Angehörige der Deutschen Hochschulgilde Sarnot beteiligt waren. Er ist nicht anständig, die Deutsche Hochschulgilde Sarnot irgendwie mit der nationalsozialistischen Bewegung in Zusammenhang zu bringen, da sie verteidigend in keiner Weise teilgenommen hat. Die Frankf. Ztg. stellt dem fest, daß in der Tat Sarnot nicht mit den Angehörigen in Verbindung gebracht werden kann. Welche Studenten waren es denn?

Die Seeabrüstungskonferenz

Französische Steps

Paris, 26. Jan. Am Schluß der ersten Verhandlungswoche der Seeabrüstungskonferenz in London ist sich nach Meinung der französischen Presse, daß eine Grundlage für konkrete Verhandlungen noch nicht gefunden wurde. Die Presse spricht deshalb bereits von provisorischen Lösungen und von weitgehenden Kompromissen.

So schreibt der Sonderberichterstatter des „Matin“ in London: Vielleicht wird ein provisorisches Abkommen der fünf Seemächte zur Verlangsamung der Rüstungsprogramme abgeschlossen werden. Wenn sich die Geisteserleuchtung der Völker und die politische Struktur der Welt nicht ändert, kann man zur Zeit auf eine weitreichende Abrüstung nicht rechnen.

Der Krämer

Erzählung aus dem Madrider Volksleben von José Francés

Nach zehn Minuten dauerte das Weib Rodolfo Clavel (es war ein fettes Gesicht mit schwammigem Fleisch, einer Bluse, einem Kamm und zwei Armbändern, die sie in der „Orangenblüte“ gekauft hatte); und sie nötigte ihn, eine Flasche Champagner zu bestellen und ihre Gefährtinnen einzuladen.

Er bezahlte, was man von ihm verlangte, und verließ, bevor der Betrieb geschlossen wurde. Sein Kopf war ganz schwer, und im Herzen trug er eine brennende Wunde, die sich in einem Schluchzen auslöste, als er sich untröstlich auf seinem Bett herumwälzte.

Am folgenden Tage trat das dicke Weib ins Geschäft und ließ zum Abendessen, an dem die gewohnten Kundinnen beifammen standen.

„Was läßt's Schwarzkopf? Sind dir die Selüste von gestern abend verjungen? Wenig, du siehst ja ganz verschuppt aus...“

Mit schwacher Stimme (er mußte sich räuspert, um lauter zu sprechen), antwortete er:

„Ich weiß nicht, was Sie sagen wollen...“

„Nanu! Stell dir bloß nicht so dämlich an! Oder hast du vielleicht unter diesen „Damen“ das Weibchen, dem du nachstehst?“

Ach, den Stempel vergaß er nicht so leicht. Die Frauen selbst schämten die Kellnerin schlichtlich hinaus; und sie verteidigten ihn auch, bekräftigen und entschuldigend ihn, wurden überdies zudringlich und verkehrten das Buch mit den Verkäufen auf Vorrat durch verschiedene Neueintragsnamen.

Wie in den Monaten vorher, als er einen Angestellten auswählte, beunruhigte ihn jetzt die Wahl der Braut. Er liebte sich die Mädchen, die er kannte, durchs Gedächtnis gehen; er besuchte die Familienveranstaltungen des Handels- und Industrieklubs; er mußerte die jungen Mädchen, die des Sonntags durch den Westpark und durch das Retiro ohne andere Begleitung als die der Mutter gingen und ebenio traurig dreinblickten wie er selber.

Bis sie eines Morgens in aller Frühe in den Laden trat und sich nach dem Preis einer Tasche aus schwarzem Leder mit Stahlbeschlägen erkundigte.

Sie war blond, klein und hatte himmelblaue Augen. Sie war mit bescheidener Eleganz in Trauer gekleidet und sang etwas beim

Ferngasversorgung

Südwestdeutsche Gas-A.-G. u. Silesia-Verträge mit Ruhr u. Saar über Ferngasbezug

Am 18. Januar hat in Heidelberg eine Aufsichtsratsitzung der Südwestdeutschen Gas-A.G. stattgefunden, die sich eingehend mit der Prüfung der Verträge der Silesia mit der Ruhr und Saar wegen des Bezugs von Ferngas beschäftigt hat.

Die Tatsache, daß die Silesia in ihren Vertragsentwürfen mit der Ruhr und Saar die Belieferung nicht nur des eigentlichen heftigen Versorgungsgebietes vorsieht, sondern darüber hinaus das ganze umliegende Wirtschaftsgebiet, der in der Südwestdeutschen Gas-A.G. zusammengeschlossenen Städte erlaubt, einbezogen zu werden, hat den Aufsichtsrat der Silesia zu einer Stellungnahme veranlaßt. Er ist dabei einstimmig zu der Feststellung gelangt, daß die

vorigen Vertragsentwürfe in keiner Weise eine gezielte Grundfrage darstellen, eine Zusammenarbeit zwischen Silesia und Silesia in der Ferngasfrage zu ermöglichen, so sehr der Aufsichtsrat der Silesia nach wie vor der Überzeugung ist, daß ein Zusammengehen von Silesia und Silesia vor Abschluß von Ferngasverträgen in der Ferngasfrage die einzig richtige und tragbare Lösung darstellt.

Zu dieser ablehnenden Stellungnahme geben namentlich die nachfolgenden Bestimmungen der Verträge den Anlaß:

1. Die angebotenen Preise bieten keinen Anreiz gegenüber den gegenwärtigen und demnachstigen Erzeugungskosten bei Erweiterung der eigenen Anlagen. Es ist jedem größeren modernen eingerichteten Gaswerk heute bereits möglich, mit diesen Preisen in Konkurrenz zu treten. Unter diesen Umständen ist es bei der großen Kapitalnot wirtschaftlich nicht zu verantworten, große Kapitalien in Fernleitungen neu zu investieren, ohne daß der entsprechende Kundennutzen geschaffen wird. Die Aufgabe einer großen und modernen Erzeugungsanlage oder der Verzicht auf eine wirtschaftlich zweckmäßige Erweiterung ist für jedes Wirtschaftsgebiet von so weittragender Bedeutung, daß sie nur in Frage kommen kann, wenn ganz wesentliche Vorteile für die Verbraucher sich ergeben. Abgesehen von den Wirkungen auf das Wirtschaftsleben und den Arbeitsmarkt ist der Verzicht auf die eigene Produktion bedenklich, weil der Gaspreis nicht sinkt, sondern nur im Zusammenhang mit dem Gaspreis betrachtet werden kann. Der Ausfall der örtlichen oder bestellenden Gasversorgung gibt der Ruhr ein Monopol und damit die Möglichkeit einer unabhängigen Preisbildung. Des weiteren bedeutet die vollkommene Abhängigkeit des Gaspreises von jeder Lohn- und Kohlenpreiserhöhung, wie sie der Vertragsentwurf vorsieht, einen wesentlichen Nachteil gegenüber dem jetzigen Zustand, da es den örtlichen Gaswerken bisher immer wieder gelungen ist, durch Rationalisierung und technische Verbesserungen bei steigenden Kohlenpreisen und Löhnen die Erzeugungskosten an senken.

2. Die Qualität des angebotenen Ferngas entspricht nicht den Anforderungen, die die Bestimmungen des Deutschen Vereins von Gas- und Wasserfachmännern enthalten. Von größter Bedeutung

von größter Bedeutung ist auch die Tatsache, daß die Kohlenpreise indirekt von den Gaslieferanten beeinflusst werden können.

Sie schafft eine Sonderstellung des Lieferanten und die Möglichkeit einer unberechtigten Gaspreiserhöhung, zumal die letztere bestehende Schutzmaßnahmen für die Verbraucher (Reichsrohrentrat) bisher nicht als ausreichend erwiesen haben.

3. Die Qualität des angebotenen Ferngas entspricht nicht den Anforderungen, die die Bestimmungen des Deutschen Vereins von Gas- und Wasserfachmännern enthalten. Von größter Bedeutung

von größter Bedeutung ist auch die Tatsache, daß die Kohlenpreise indirekt von den Gaslieferanten beeinflusst werden können.

Sie schafft eine Sonderstellung des Lieferanten und die Möglichkeit einer unberechtigten Gaspreiserhöhung, zumal die letztere bestehende Schutzmaßnahmen für die Verbraucher (Reichsrohrentrat) bisher nicht als ausreichend erwiesen haben.

4. Die Qualität des angebotenen Ferngas entspricht nicht den Anforderungen, die die Bestimmungen des Deutschen Vereins von Gas- und Wasserfachmännern enthalten. Von größter Bedeutung

von größter Bedeutung ist auch die Tatsache, daß die Kohlenpreise indirekt von den Gaslieferanten beeinflusst werden können.

Sie schafft eine Sonderstellung des Lieferanten und die Möglichkeit einer unberechtigten Gaspreiserhöhung, zumal die letztere bestehende Schutzmaßnahmen für die Verbraucher (Reichsrohrentrat) bisher nicht als ausreichend erwiesen haben.

5. Die Qualität des angebotenen Ferngas entspricht nicht den Anforderungen, die die Bestimmungen des Deutschen Vereins von Gas- und Wasserfachmännern enthalten. Von größter Bedeutung

von größter Bedeutung ist auch die Tatsache, daß die Kohlenpreise indirekt von den Gaslieferanten beeinflusst werden können.

Sie schafft eine Sonderstellung des Lieferanten und die Möglichkeit einer unberechtigten Gaspreiserhöhung, zumal die letztere bestehende Schutzmaßnahmen für die Verbraucher (Reichsrohrentrat) bisher nicht als ausreichend erwiesen haben.

6. Die Qualität des angebotenen Ferngas entspricht nicht den Anforderungen, die die Bestimmungen des Deutschen Vereins von Gas- und Wasserfachmännern enthalten. Von größter Bedeutung

von größter Bedeutung ist auch die Tatsache, daß die Kohlenpreise indirekt von den Gaslieferanten beeinflusst werden können.

Sie schafft eine Sonderstellung des Lieferanten und die Möglichkeit einer unberechtigten Gaspreiserhöhung, zumal die letztere bestehende Schutzmaßnahmen für die Verbraucher (Reichsrohrentrat) bisher nicht als ausreichend erwiesen haben.

7. Die Qualität des angebotenen Ferngas entspricht nicht den Anforderungen, die die Bestimmungen des Deutschen Vereins von Gas- und Wasserfachmännern enthalten. Von größter Bedeutung

von größter Bedeutung ist auch die Tatsache, daß die Kohlenpreise indirekt von den Gaslieferanten beeinflusst werden können.

Sie schafft eine Sonderstellung des Lieferanten und die Möglichkeit einer unberechtigten Gaspreiserhöhung, zumal die letztere bestehende Schutzmaßnahmen für die Verbraucher (Reichsrohrentrat) bisher nicht als ausreichend erwiesen haben.

8. Die Qualität des angebotenen Ferngas entspricht nicht den Anforderungen, die die Bestimmungen des Deutschen Vereins von Gas- und Wasserfachmännern enthalten. Von größter Bedeutung

von größter Bedeutung ist auch die Tatsache, daß die Kohlenpreise indirekt von den Gaslieferanten beeinflusst werden können.

ist insbesondere die Höhe der nicht brennbaren (inerten) Bestandteile, die wesentlich über die normale Höhe hinausgeht. Das kommt, daß die gansen Bestimmungen bezüglich der Qualität (Soll- und Nicht-Soll-Bestimmungen) sind. Der Erfolg der bisher in den Städten selbst erzeugten Gases durch Bezugsanstalt der nach dem Vertragsentwurf zugelassenen Qualität kommt einer Verschlechterung des Gases gleich.

3. Der Ruhr und Saar wird durch eine Anzahl von Bestimmungen ein

schwerwiegender Einarriff in die Tarifhoheit der Kommunen eingeräumt. Die Festlegung verschiedener Preise für sogenannte Kommunal- und für Industriegas ist vom Standpunkt der Kommunalpolitik aus ablehnend, undisziplinierbar. Abgesehen davon, ist die Festlegung gesonderter Preise für Industriegas auch vollkommen ungerechtfertigt, da sie den Kommunen zumutet, für die unergieblich größeren Mengen des Haushaltsverbrauchs höhere Preise zu bezahlen. Ebenso unbillig vom kommunalpolitischen Standpunkt aus ist auch die Bestimmung, daß mit allen — auch den künstlichen — Konsumverträgen der Ruhr Sonderverträge abzuschließen sind und damit alle diese Werke von der anteiligen Belastung mit den Generalabgaben ausgenommen und unter ein Sonderrecht gestellt werden.

4. Nach den Vertragsentwürfen ist das gesamte Risiko des Ferngasbezugs der Silesia anzulasten. Die Bestimmung in den Verträgen, daß die Kosten für Streiks und Ausperrungen ausschließlich dem Abnehmer zur Last fallen, ist unbillig und geeignet, die Kosten von Lohnfälligen an der Ruhr auf den Abnehmer im weitestgehenden Gebiet abzuwälzen. Es besteht dazu die Gefahr, daß bei der in absehbarer Zeit zu erwartenden Stilllegung des Mainzer Gaswerks in bezugnehmenden Fällen auch die gesicherte Lieferung der Kommunalgasanlagen nicht mehr gewährleistet werden kann.

5. Die Bestimmung, daß der Ruhr die Weiterlieferung des Gases zu den vertraglichen Bedingungen bei Verlegen einer alternativen Bewertungsmöglichkeit infolge von Produktionsänderungen nicht angemeint werden kann, ist unannehmbar, da zudem die Silesia in einem solchen Falle nicht die Möglichkeit hat, eine eigene Gaserezeugungsanlage zu errichten.

Eine Gasabnahmevereinbarung Deutschlands nach dem Muster der vorliegenden Verträge ist undenkbar.

Der Aufsichtsrat der Silesia kommt auf Grund der eingehenden Prüfung der Verträge erneut zur Überzeugung, daß lediglich die Gruppenabnahmevereinbarung, erst mit Zusatz von Silesia, für unter Wirtschaftsgüter die geeignete Grundlage für die Regelung der Ferngasfrage bilden kann. Nur durch die Gruppenabnahmevereinbarung werden die Fragen der Betriebssicherheit, der billigen Gasproduktion und -verteilung, der Beibehaltung der jetzigen hohen Gasqualität, des notwendigen kommunalen Einflusses auf den Brennstoffmarkt und der vollkommenen Unabhängigkeit in der Tarifabrechnung gewährleistet. Eine Zusammenarbeit in diesem Sinne zwischen Silesia und Silesia wird nach wie vor von dem Aufsichtsrat der Silesia im Interesse einer für beide Teile zweckmäßigen Regelung der Gasversorgung für die einträgliche Lösung gehalten. Auf der Grundlage der vorliegenden Vertragsentwürfen der Silesia mit der Ruhr und Saar kann jedoch diese Zusammenarbeit nicht herbeigeführt werden.

Der Aufsichtsrat der Silesia kommt auf Grund der eingehenden Prüfung der Verträge erneut zur Überzeugung, daß lediglich die Gruppenabnahmevereinbarung, erst mit Zusatz von Silesia, für unter Wirtschaftsgüter die geeignete Grundlage für die Regelung der Ferngasfrage bilden kann. Nur durch die Gruppenabnahmevereinbarung werden die Fragen der Betriebssicherheit, der billigen Gasproduktion und -verteilung, der Beibehaltung der jetzigen hohen Gasqualität, des notwendigen kommunalen Einflusses auf den Brennstoffmarkt und der vollkommenen Unabhängigkeit in der Tarifabrechnung gewährleistet. Eine Zusammenarbeit in diesem Sinne zwischen Silesia und Silesia wird nach wie vor von dem Aufsichtsrat der Silesia im Interesse einer für beide Teile zweckmäßigen Regelung der Gasversorgung für die einträgliche Lösung gehalten. Auf der Grundlage der vorliegenden Vertragsentwürfen der Silesia mit der Ruhr und Saar kann jedoch diese Zusammenarbeit nicht herbeigeführt werden.

Der Aufsichtsrat der Silesia kommt auf Grund der eingehenden Prüfung der Verträge erneut zur Überzeugung, daß lediglich die Gruppenabnahmevereinbarung, erst mit Zusatz von Silesia, für unter Wirtschaftsgüter die geeignete Grundlage für die Regelung der Ferngasfrage bilden kann. Nur durch die Gruppenabnahmevereinbarung werden die Fragen der Betriebssicherheit, der billigen Gasproduktion und -verteilung, der Beibehaltung der jetzigen hohen Gasqualität, des notwendigen kommunalen Einflusses auf den Brennstoffmarkt und der vollkommenen Unabhängigkeit in der Tarifabrechnung gewährleistet. Eine Zusammenarbeit in diesem Sinne zwischen Silesia und Silesia wird nach wie vor von dem Aufsichtsrat der Silesia im Interesse einer für beide Teile zweckmäßigen Regelung der Gasversorgung für die einträgliche Lösung gehalten. Auf der Grundlage der vorliegenden Vertragsentwürfen der Silesia mit der Ruhr und Saar kann jedoch diese Zusammenarbeit nicht herbeigeführt werden.

Der Aufsichtsrat der Silesia kommt auf Grund der eingehenden Prüfung der Verträge erneut zur Überzeugung, daß lediglich die Gruppenabnahmevereinbarung, erst mit Zusatz von Silesia, für unter Wirtschaftsgüter die geeignete Grundlage für die Regelung der Ferngasfrage bilden kann. Nur durch die Gruppenabnahmevereinbarung werden die Fragen der Betriebssicherheit, der billigen Gasproduktion und -verteilung, der Beibehaltung der jetzigen hohen Gasqualität, des notwendigen kommunalen Einflusses auf den Brennstoffmarkt und der vollkommenen Unabhängigkeit in der Tarifabrechnung gewährleistet. Eine Zusammenarbeit in diesem Sinne zwischen Silesia und Silesia wird nach wie vor von dem Aufsichtsrat der Silesia im Interesse einer für beide Teile zweckmäßigen Regelung der Gasversorgung für die einträgliche Lösung gehalten. Auf der Grundlage der vorliegenden Vertragsentwürfen der Silesia mit der Ruhr und Saar kann jedoch diese Zusammenarbeit nicht herbeigeführt werden.

Der Aufsichtsrat der Silesia kommt auf Grund der eingehenden Prüfung der Verträge erneut zur Überzeugung, daß lediglich die Gruppenabnahmevereinbarung, erst mit Zusatz von Silesia, für unter Wirtschaftsgüter die geeignete Grundlage für die Regelung der Ferngasfrage bilden kann. Nur durch die Gruppenabnahmevereinbarung werden die Fragen der Betriebssicherheit, der billigen Gasproduktion und -verteilung, der Beibehaltung der jetzigen hohen Gasqualität, des notwendigen kommunalen Einflusses auf den Brennstoffmarkt und der vollkommenen Unabhängigkeit in der Tarifabrechnung gewährleistet. Eine Zusammenarbeit in diesem Sinne zwischen Silesia und Silesia wird nach wie vor von dem Aufsichtsrat der Silesia im Interesse einer für beide Teile zweckmäßigen Regelung der Gasversorgung für die einträgliche Lösung gehalten. Auf der Grundlage der vorliegenden Vertragsentwürfen der Silesia mit der Ruhr und Saar kann jedoch diese Zusammenarbeit nicht herbeigeführt werden.

Der Aufsichtsrat der Silesia kommt auf Grund der eingehenden Prüfung der Verträge erneut zur Überzeugung, daß lediglich die Gruppenabnahmevereinbarung, erst mit Zusatz von Silesia, für unter Wirtschaftsgüter die geeignete Grundlage für die Regelung der Ferngasfrage bilden kann. Nur durch die Gruppenabnahmevereinbarung werden die Fragen der Betriebssicherheit, der billigen Gasproduktion und -verteilung, der Beibehaltung der jetzigen hohen Gasqualität, des notwendigen kommunalen Einflusses auf den Brennstoffmarkt und der vollkommenen Unabhängigkeit in der Tarifabrechnung gewährleistet. Eine Zusammenarbeit in diesem Sinne zwischen Silesia und Silesia wird nach wie vor von dem Aufsichtsrat der Silesia im Interesse einer für beide Teile zweckmäßigen Regelung der Gasversorgung für die einträgliche Lösung gehalten. Auf der Grundlage der vorliegenden Vertragsentwürfen der Silesia mit der Ruhr und Saar kann jedoch diese Zusammenarbeit nicht herbeigeführt werden.

Der Aufsichtsrat der Silesia kommt auf Grund der eingehenden Prüfung der Verträge erneut zur Überzeugung, daß lediglich die Gruppenabnahmevereinbarung, erst mit Zusatz von Silesia, für unter Wirtschaftsgüter die geeignete Grundlage für die Regelung der Ferngasfrage bilden kann. Nur durch die Gruppenabnahmevereinbarung werden die Fragen der Betriebssicherheit, der billigen Gasproduktion und -verteilung, der Beibehaltung der jetzigen hohen Gasqualität, des notwendigen kommunalen Einflusses auf den Brennstoffmarkt und der vollkommenen Unabhängigkeit in der Tarifabrechnung gewährleistet. Eine Zusammenarbeit in diesem Sinne zwischen Silesia und Silesia wird nach wie vor von dem Aufsichtsrat der Silesia im Interesse einer für beide Teile zweckmäßigen Regelung der Gasversorgung für die einträgliche Lösung gehalten. Auf der Grundlage der vorliegenden Vertragsentwürfen der Silesia mit der Ruhr und Saar kann jedoch diese Zusammenarbeit nicht herbeigeführt werden.

Der Aufsichtsrat der Silesia kommt auf Grund der eingehenden Prüfung der Verträge erneut zur Überzeugung, daß lediglich die Gruppenabnahmevereinbarung, erst mit Zusatz von Silesia, für unter Wirtschaftsgüter die geeignete Grundlage für die Regelung der Ferngasfrage bilden kann. Nur durch die Gruppenabnahmevereinbarung werden die Fragen der Betriebssicherheit, der billigen Gasproduktion und -verteilung, der Beibehaltung der jetzigen hohen Gasqualität, des notwendigen kommunalen Einflusses auf den Brennstoffmarkt und der vollkommenen Unabhängigkeit in der Tarifabrechnung gewährleistet. Eine Zusammenarbeit in diesem Sinne zwischen Silesia und Silesia wird nach wie vor von dem Aufsichtsrat der Silesia im Interesse einer für beide Teile zweckmäßigen Regelung der Gasversorgung für die einträgliche Lösung gehalten. Auf der Grundlage der vorliegenden Vertragsentwürfen der Silesia mit der Ruhr und Saar kann jedoch diese Zusammenarbeit nicht herbeigeführt werden.

Der Aufsichtsrat der Silesia kommt auf Grund der eingehenden Prüfung der Verträge erneut zur Überzeugung, daß lediglich die Gruppenabnahmevereinbarung, erst mit Zusatz von Silesia, für unter Wirtschaftsgüter die geeignete Grundlage für die Regelung der Ferngasfrage bilden kann. Nur durch die Gruppenabnahmevereinbarung werden die Fragen der Betriebssicherheit, der billigen Gasproduktion und -verteilung, der Beibehaltung der jetzigen hohen Gasqualität, des notwendigen kommunalen Einflusses auf den Brennstoffmarkt und der vollkommenen Unabhängigkeit in der Tarifabrechnung gewährleistet. Eine Zusammenarbeit in diesem Sinne zwischen Silesia und Silesia wird nach wie vor von dem Aufsichtsrat der Silesia im Interesse einer für beide Teile zweckmäßigen Regelung der Gasversorgung für die einträgliche Lösung gehalten. Auf der Grundlage der vorliegenden Vertragsentwürfen der Silesia mit der Ruhr und Saar kann jedoch diese Zusammenarbeit nicht herbeigeführt werden.

Der Aufsichtsrat der Silesia kommt auf Grund der eingehenden Prüfung der Verträge erneut zur Überzeugung, daß lediglich die Gruppenabnahmevereinbarung, erst mit Zusatz von Silesia, für unter Wirtschaftsgüter die geeignete Grundlage für die Regelung der Ferngasfrage bilden kann. Nur durch die Gruppenabnahmevereinbarung werden die Fragen der Betriebssicherheit, der billigen Gasproduktion und -verteilung, der Beibehaltung der jetzigen hohen Gasqualität, des notwendigen kommunalen Einflusses auf den Brennstoffmarkt und der vollkommenen Unabhängigkeit in der Tarifabrechnung gewährleistet. Eine Zusammenarbeit in diesem Sinne zwischen Silesia und Silesia wird nach wie vor von dem Aufsichtsrat der Silesia im Interesse einer für beide Teile zweckmäßigen Regelung der Gasversorgung für die einträgliche Lösung gehalten. Auf der Grundlage der vorliegenden Vertragsentwürfen der Silesia mit der Ruhr und Saar kann jedoch diese Zusammenarbeit nicht herbeigeführt werden.

Der Aufsichtsrat der Silesia kommt auf Grund der eingehenden Prüfung der Verträge erneut zur Überzeugung, daß lediglich die Gruppenabnahmevereinbarung, erst mit Zusatz von Silesia, für unter Wirtschaftsgüter die geeignete Grundlage für die Regelung der Ferngasfrage bilden kann. Nur durch die Gruppenabnahmevereinbarung werden die Fragen der Betriebssicherheit, der billigen Gasproduktion und -verteilung, der Beibehaltung der jetzigen hohen Gasqualität, des notwendigen kommunalen Einflusses auf den Brennstoffmarkt und der vollkommenen Unabhängigkeit in der Tarifabrechnung gewährleistet. Eine Zusammenarbeit in diesem Sinne zwischen Silesia und Silesia wird nach wie vor von dem Aufsichtsrat der Silesia im Interesse einer für beide Teile zweckmäßigen Regelung der Gasversorgung für die einträgliche Lösung gehalten. Auf der Grundlage der vorliegenden Vertragsentwürfen der Silesia mit der Ruhr und Saar kann jedoch diese Zusammenarbeit nicht herbeigeführt werden.

Der Aufsichtsrat der Silesia kommt auf Grund der eingehenden Prüfung der Verträge erneut zur Überzeugung, daß lediglich die Gruppenabnahmevereinbarung, erst mit Zusatz von Silesia, für unter Wirtschaftsgüter die geeignete Grundlage für die Regelung der Ferngasfrage bilden kann. Nur durch die Gruppenabnahmevereinbarung werden die Fragen der Betriebssicherheit, der billigen Gasproduktion und -verteilung, der Beibehaltung der jetzigen hohen Gasqualität, des notwendigen kommunalen Einflusses auf den Brennstoffmarkt und der vollkommenen Unabhängigkeit in der Tarifabrechnung gewährleistet. Eine Zusammenarbeit in diesem Sinne zwischen Silesia und Silesia wird nach wie vor von dem Aufsichtsrat der Silesia im Interesse einer für beide Teile zweckmäßigen Regelung der Gasversorgung für die einträgliche Lösung gehalten. Auf der Grundlage der vorliegenden Vertragsentwürfen der Silesia mit der Ruhr und Saar kann jedoch diese Zusammenarbeit nicht herbeigeführt werden.

Der Aufsichtsrat der Silesia kommt auf Grund der eingehenden Prüfung der Verträge erneut zur Überzeugung, daß lediglich die Gruppenabnahmevereinbarung, erst mit Zusatz von Silesia, für unter Wirtschaftsgüter die geeignete Grundlage für die Regelung der Ferngasfrage bilden kann. Nur durch die Gruppenabnahmevereinbarung werden die Fragen der Betriebssicherheit, der billigen Gasproduktion und -verteilung, der Beibehaltung der jetzigen hohen Gasqualität, des notwendigen kommunalen Einflusses auf den Brennstoffmarkt und der vollkommenen Unabhängigkeit in der Tarifabrechnung gewährleistet. Eine Zusammenarbeit in diesem Sinne zwischen Silesia und Silesia wird nach wie vor von dem Aufsichtsrat der Silesia im Interesse einer für beide Teile zweckmäßigen Regelung der Gasversorgung für die einträgliche Lösung gehalten. Auf der Grundlage der vorliegenden Vertragsentwürfen der Silesia mit der Ruhr und Saar kann jedoch diese Zusammenarbeit nicht herbeigeführt werden.

Der Aufsichtsrat der Silesia kommt auf Grund der eingehenden Prüfung der Verträge erneut zur Überzeugung, daß lediglich die Gruppenabnahmevereinbarung, erst mit Zusatz von Silesia, für unter Wirtschaftsgüter die geeignete Grundlage für die Regelung der Ferngasfrage bilden kann. Nur durch die Gruppenabnahmevereinbarung werden die Fragen der Betriebssicherheit, der billigen Gasproduktion und -verteilung, der Beibehaltung der jetzigen hohen Gasqualität, des notwendigen kommunalen Einflusses auf den Brennstoffmarkt und der vollkommenen Unabhängigkeit in der Tarifabrechnung gewährleistet. Eine Zusammenarbeit in diesem Sinne zwischen Silesia und Silesia wird nach wie vor von dem Aufsichtsrat der Silesia im Interesse einer für beide Teile zweckmäßigen Regelung der Gasversorgung für die einträgliche Lösung gehalten. Auf der Grundlage der vorliegenden Vertragsentwürfen der Silesia mit der Ruhr und Saar kann jedoch diese Zusammenarbeit nicht herbeigeführt werden.

Der Aufsichtsrat der Silesia kommt auf Grund der eingehenden Prüfung der Verträge erneut zur Überzeugung, daß lediglich die Gruppenabnahmevereinbarung, erst mit Zusatz von Silesia, für unter Wirtschaftsgüter die geeignete Grundlage für die Regelung der Ferngasfrage bilden kann. Nur durch die Gruppenabnahmevereinbarung werden die Fragen der Betriebssicherheit, der billigen Gasproduktion und -verteilung, der Beibehaltung der jetzigen hohen Gasqualität, des notwendigen kommunalen Einflusses auf den Brennstoffmarkt und der vollkommenen Unabhängigkeit in der Tarifabrechnung gewährleistet. Eine Zusammenarbeit in diesem Sinne zwischen Silesia und Silesia wird nach wie vor von dem Aufsichtsrat der Silesia im Interesse einer für beide Teile zweckmäßigen Regelung der Gasversorgung für die einträgliche Lösung gehalten. Auf der Grundlage der vorliegenden Vertragsentwürfen der Silesia mit der Ruhr und Saar kann jedoch diese Zusammenarbeit nicht herbeigeführt werden.

Der Aufsichtsrat der Silesia kommt auf Grund der eingehenden Prüfung der Verträge erneut zur Überzeugung, daß lediglich die Gruppenabnahmevereinbarung, erst mit Zusatz von Silesia, für unter Wirtschaftsgüter die geeignete Grundlage für die Regelung der Ferngasfrage bilden kann. Nur durch die Gruppenabnahmevereinbarung werden die Fragen der Betriebssicherheit, der billigen Gasproduktion und -verteilung, der Beibehaltung der jetzigen hohen Gasqualität, des notwendigen kommunalen Einflusses auf den Brennstoffmarkt und der vollkommenen Unabhängigkeit in der Tarifabrechnung gewährleistet. Eine Zusammenarbeit in diesem Sinne zwischen Silesia und Silesia wird nach wie vor von dem Aufsichtsrat der Silesia im Interesse einer für beide Teile zweckmäßigen Regelung der Gasversorgung für die einträgliche Lösung gehalten. Auf der Grundlage der vorliegenden Vertragsentwürfen der Silesia mit der Ruhr und Saar kann jedoch diese Zusammenarbeit nicht herbeigeführt werden.

Der Aufsichtsrat der Silesia kommt auf Grund der eingehenden Prüfung der Verträge erneut zur Überzeugung, daß lediglich die Gruppenabnahmevereinbarung, erst mit Zusatz von Silesia, für unter Wirtschaftsgüter die geeignete Grundlage für die Regelung der Ferngasfrage bilden kann. Nur durch die Gruppenabnahmevereinbarung werden die Fragen der Betriebssicherheit, der billigen Gasproduktion und -verteilung, der Beibehaltung der jetzigen hohen Gasqualität, des notwendigen kommunalen Einflusses auf den Brennstoffmarkt und der vollkommenen Unabhängigkeit in der Tarifabrechnung gewährleistet. Eine Zusammenarbeit in diesem Sinne zwischen Silesia und Silesia wird nach wie vor von dem Aufsichtsrat der Silesia im Interesse einer für beide Teile zweckmäßigen Regelung der Gasversorgung für die einträgliche Lösung gehalten. Auf der Grundlage der vorliegenden Vertragsentwürfen der Silesia mit der Ruhr und Saar kann jedoch diese Zusammenarbeit nicht herbeigeführt werden.

Der Aufsichtsrat der Silesia kommt auf Grund der eingehenden Prüfung der Verträge erneut zur Überzeugung, daß lediglich die Gruppenabnahmevereinbarung, erst mit Zusatz von Silesia, für unter Wirtschaftsgüter die geeignete Grundlage für die Regelung der Ferngasfrage bilden kann. Nur durch die Gruppenabnahmevereinbarung werden die Fragen der Betriebssicherheit, der billigen Gasproduktion und -verteilung, der Beibehaltung der jetzigen hohen Gasqualität, des notwendigen kommunalen Einflusses auf den Brennstoffmarkt und der vollkommenen Unabhängigkeit in der Tarifabrechnung gewährleistet. Eine Zusammenarbeit in diesem Sinne zwischen Silesia und Silesia wird nach wie vor von dem Aufsichtsrat der Silesia im Interesse einer für beide Teile zweckmäßigen Regelung der Gasversorgung für die einträgliche Lösung gehalten. Auf der Grundlage der vorliegenden Vertragsentwürfen der Silesia mit der Ruhr und Saar kann jedoch diese Zusammenarbeit nicht herbeigeführt werden.

Der Aufsichtsrat der Silesia kommt auf Grund der eingehenden Prüfung der Verträge erneut zur Überzeugung, daß lediglich die Gruppenabnahmevereinbarung, erst mit Zusatz von Silesia, für unter Wirtschaftsgüter die geeignete Grundlage für die Regelung der Ferngasfrage bilden kann. Nur durch die Gruppenabnahmevereinbarung werden die Fragen der Betriebssicherheit, der billigen Gasproduktion und -verteilung, der Beibehaltung der jetzigen hohen Gasqualität, des notwendigen kommunalen Einflusses auf den Brennstoffmarkt und der vollkommenen Unabhängigkeit in der Tarifabrechnung gewährleistet. Eine Zusammenarbeit in diesem Sinne zwischen Silesia und Silesia wird nach wie vor von dem Aufsichtsrat der Silesia im Interesse einer für beide Teile zweckmäßigen Regelung der Gasversorgung für die einträgliche Lösung gehalten. Auf der Grundlage der vorliegenden Vertragsentwürfen der Silesia mit der Ruhr und Saar kann jedoch diese Zusammenarbeit nicht herbeigeführt werden.

Der Aufsichtsrat der Silesia kommt auf Grund der eingehenden Prüfung der Verträge erneut zur Überzeugung, daß lediglich die Gruppenabnahmevereinbarung, erst mit Zusatz von Silesia, für unter Wirtschaftsgüter die geeignete Grundlage für die Regelung der Ferngasfrage bilden kann. Nur durch die Gruppenabnahmevereinbarung werden die Fragen der Betriebssicherheit, der billigen Gasproduktion und -verteilung, der Beibehaltung der jetzigen hohen Gasqualität, des notwendigen kommunalen Einflusses auf den Brennstoffmarkt und der vollkommenen Unabhängigkeit in der Tarifabrechnung gewährleistet. Eine Zusammenarbeit in diesem Sinne zwischen Silesia und Silesia wird nach wie vor von dem Aufsichtsrat der Silesia im Interesse einer für beide Teile zweckmäßigen Regelung der Gasversorgung für die einträgliche Lösung gehalten. Auf der Grundlage der vorliegenden Vertragsentwürfen der Silesia mit der Ruhr und Saar kann jedoch diese Zusammenarbeit nicht herbeigeführt werden.

Der Aufsichtsrat der Silesia kommt auf Grund der eingehenden Prüfung der Verträge erneut zur Überzeugung, daß lediglich die Gruppenabnahmevereinbarung, erst mit Zusatz von Silesia, für unter Wirtschaftsgüter die geeignete Grundlage für die Regelung der Ferngasfrage bilden kann. Nur durch die Gruppenabnahmevereinbarung werden die Fragen der Betriebssicherheit, der billigen Gasproduktion und -verteilung, der Beibehaltung der jetzigen hohen Gasqualität, des notwendigen kommunalen Einflusses auf den Brennstoffmarkt und der vollkommenen Unabhängigkeit in der Tarifabrechnung gewährleistet. Eine Zusammenarbeit in diesem Sinne zwischen Silesia und Silesia wird nach wie vor von dem Aufsichtsrat der Silesia im Interesse einer für beide Teile zweckmäßigen Regelung der Gasversorgung für die einträgliche Lösung gehalten. Auf der Grundlage der vorliegenden Vertragsentwürfen der Silesia mit der Ruhr und Saar kann jedoch diese Zusammenarbeit nicht herbeigeführt werden.

Der Aufsichtsrat der Silesia kommt auf Grund der eingehenden Prüfung der Verträge erneut zur Überzeugung, daß lediglich die Gruppenabnahmevereinbarung, erst mit Zusatz von Silesia, für unter Wirtschaftsgüter die geeignete Grundlage für die Regelung der Ferngasfrage bilden kann. Nur durch die Gruppenabnahmevereinbarung werden die Fragen der Betriebssicherheit, der billigen Gasproduktion und -verteilung, der Beibehaltung der jetzigen hohen Gasqualität, des notwendigen kommunalen Einflusses auf den Brennstoffmarkt und der vollkommenen Unabhängigkeit in der Tarifabrechnung gewährleistet. Eine Zusammenarbeit in diesem Sinne zwischen Silesia und Silesia wird nach wie vor von dem Aufsichtsrat der Silesia im Interesse einer für beide Teile zweckmäßigen Regelung der Gasversorgung für die einträgliche Lösung gehalten. Auf der Grundlage der vorliegenden Vertragsentwürfen der Silesia mit der Ruhr und Saar kann jedoch diese Zusammenarbeit nicht herbeigeführt werden.

(Fortsetzung folgt.)

Der Untergang der Monte Cervantes

Deutschlands Dank für die Hilfe

Der deutsche Gesandte hat der argentinischen Regierung für die Hilfe der Flotte bei der Rettung der Schiffbrüchigen der „Monte Cervantes“ den Dank ausgesprochen.

Associated Press erzählt aus Buenos Aires: Die ruhige und wirtschaftliche Führung des Kapitäns Dreger von der „Monte Cervantes“ während des Verlaufs der Katastrophe hat allgemein Bewunderung gefunden. Kapitän Dreger, der noch immer vermisst wird, wick in seiner Weise für die Katastrophe verantwortlich gehalten. Ein ähnlicher Unfall im Beagle-Kanal traf 1912 bereits den Dampfer „Sarmiento“, der gleichfalls unterging.

Ozeansegler Müller vor Gericht

Berlin, 27. Jan. (Funkdienst.) Ein Berliner Blatt meldet: Am heutigen Montag steht vor dem Schöffengericht Köpenick der Ozeansegler Müller unter der Anklage des Diebstahls. Müller, der auf einem kleinen Elbe-Fischer-Segelboot von Hamburg aus den atlantischen Ozean bis zur Küste von Cuba durchquerte. Das Verbrechen, das ihm vorgeworfen wird, steht im engen Zusammenhang mit seinem tollkühnen Abenteuer.

Sprechen. Rodolfo Clavel hatte die Empfindung, die erträumte Frau gefunden zu haben.

Aber dadurch geriet er in solche Verwirrung, daß er von ihr siebenmal soviel verlangte, wie die Tische wert war. Sie begann ärgerlich zu lachen. Da verbesserte sich der Krämer.

„Nein, nein... Ich habe mich geirrt. Ich habe diese eins für eine neun und diese zwei für eine acht genommen... Zwölf Pfennig sind's. Schön, für 4,25, achseln! mein Fräulein, wieviel es schenkt.“

Sie lachte von neuem. Es war ein musikalisches Lachen, in dem ein gewisses Entgegenkommen und eine gewisse Koketterie zu liegen schien.

„Sind Sie also! Vorher aussersüßlich teuer und jetzt viel zu billig. Ich glaube, Sie machen sich über mich lustig. Wieviel kostet sie denn eigentlich?“

In Wirklichkeit war Rodolfo Clavel geneigt, sie auch umsonst zu geben, aber er traute sich nicht. Er fürchtete, sie zu beleidigen.

„Was Sie wollen. Deshalb brauchen wir nicht zu sanften. Ich habe diese Partie Tischen sehr billig erstanden. Sie werden gleich, bessere sehen und außerdem einen Posten Kämme, den ich kürzlich erhalten habe.“

Er häufte auf dem Ladentisch die Waren an, die sie jubelnd durcheinander brachte. Dabei lagte sie jeden Augenblick und sah ihn verstocken an; es war ihr nicht entgangen, was für einen plötzlichen Zauber sie auf den Verkäufer ausgeübt hatte.

Inzwischen sagte sie ihm, wer sie war. Waise eines Militärs, der vor kurzem gestorben war, sie mit der Mutter aus ihrer Geburtsstadt Drengel gekommen. Sie hieß Juliana und bereitete sich auf die Lehretinnenlaufbahn vor; erst vor drei Tagen war sie in die Nachbarschaft gezogen.

Am folgenden Tage kam sie von der Mutter begleitet wieder. Wenn Rodolfo Clavel etwas weilsichtiger gewesen wäre, dann hätte er aus der Gestalt der feinsten kleinen Alten die Zukunft der niedlichen Juliana erraten.

Nach waren nicht vierzehn Tage verstrichen, da waren sie schon verlobt. Sie nannte ihn „Schatz“ und „Liebling“, sprach zu ihm von ihrer geliebten Heimat, dem Traumlande, das so berühmt war wie eine nordische Legende. Er hörte sie betäubt, in sich versinken an; und von Zeit zu Zeit tauchte vor seinen Augen die einsame, freundlose Kindheit auf, das Leben in dem großen Warenhaus, wo er die frühe Jugend verbracht hatte. An den Sonntagen Nachmittagen waren sie zusammen, und es war eine Übertragung für Rodolfo Clavel, daß er keine anderen Brautpaare mehr sah.

Freistaat Baden

Mittelbadischer Bauerntag

Im Carl-Brans-Saal in Rastatt fand Sonntag nachmittag der von etwa 1000 Bauern besuchte 4. Mittelbadischer Bauerntag statt. Mit dem Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft waren auch der badische Innenminister, die Vorsitzenden des Innenministeriums, die Vertreter der staatlichen und föderativen Behörden und zahlreiche Organisationsvertreter erschienen.

Nach der Begrüßung des Güterdirektors Buh und des Rastatter Oberbürgermeisters Dr. Kerner eröffnete Reichsminister Dietrich das Wort. Reichsminister Dietrich unterstrich die Notwendigkeit, der Landwirtschaft durch eine sachgemäße Wirtschaftspolitik zu helfen. Die Hauptwissenschaften der Landwirtschaft führte der Minister auf den Jolltarif von 1925 und auf die Reparationsarbeiten zurück. Zur Frage der Getreidezölle erklärte der Minister, daß der Weizenpreis künftig jede Regierung machen könne, da feststehe, daß wir jedes Jahr 2,5 Millionen Tonnen einführen und dieselbe Menge auf den Markt bringen. Den Roggenpreis dagegen könne auch in Zukunft keine Regierung mit dem Zoll machen, da wir mehr produzieren als wir in Deutschland unterbringen können. Es solle der Versuch gemacht werden, durch Weizen die Herstellung eines reinen Roggenbrottes wieder möglich zu machen. Zur Frage des Schweinepreises erklärte der Redner, daß dieser nur gehalten werden könne, wenn die Produktion begrenzt werde und wir über 20 Millionen Stück nicht hinaus kämen. Der Minister streifte dann die Lage des Weinbaues, die a. St. ebenfalls eine Abzugsfrage sei. Er verwies auf die Maßnahmen, um den Wein zu helfen und den Absatz zu erleichtern. Bezüglich des Tabakbaues meinte der Minister, daß man zu den besten Schmierstoffen kommen werde, wenn es nicht gelinge, den Tabakbau zu kontinentieren. Wir wollen in den Kräfte des großen Landes den Kräfte der Kraft unseres Volkes sehen, die uns wieder dazu verhelfen kann, unsere Stellung unter den Nationen und Völkern wieder zu verbessern.

Die Rede des Ministers wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Der Führer des Einheitsverbandes des Badischen Genossenschaftswesens, Präsident Kettel, äußerte sich sodann über die Durchführung des Einigungswertes, sowie über die Aufgaben und Ziele des Einheitsverbandes.

Der badische Minister des Innern, Wittemann, dankte dem Reichsminister für die nachdrückliche Vertretung der badischen landwirtschaftlichen Interessen. Darauf folgte eine Aussprache; gegen halb sieben Uhr war die Tagung beendet.

Bauernpartei und Bauernstand

Aus Rühl wird uns geschrieben: In der vor kurzem hier stattgefundenen Versammlung, die sich mit der Erstellung einer Ostmarkthalle beschäftigte, sprach auch der der Bauernpartei zugehörige Landwirt Frank von Oberkammer. Dabei führte er u. a. aus:

Der Bauernstand hat es nicht verdient, daß er denot als Kleinrentner an den Stufen der Regierung niedertritt, sondern es wird verlangt, daß der Bauernstand frei sei auf seiner Scholle. Dem Herrn Ernährungsminister Dietrich müsse am nächsten Sonntag in Rastatt das Köpfe gefogt werden... Diese Klage dürfte speziell die Arbeiterfrage sonderbar anmuten, wenn man an die Regierungszuschüsse an die Landwirtschaft denkt, aber an die Vorzüge beim Bauernverein, aber gerade an die Übernahme einer Staatsbürgerschaft von nahezu einer Million Bauern der neuen badischen Einheitsgenossenschaft oder an die landwirtschaftlichen Lagerhäuser. — Die Sozialdemokratie wendet sich keineswegs gegen diese finanzielle Unterstützung der Landwirtschaft. Ihre Vertreter haben das erst in den letzten Tagen in Karlsruhe wieder bewiesen! Wieviel kommt aber das Gros der Landwirte doch auch noch auf den Gedanken, daß Arbeiter und Bauern zusammengehören, und daß ein solcher Zusammenschluß für beide von nicht geringem Vorteil ist, wozu allerdings notwendig ist, daß abweichende Lebensarten zum Verschwinden kommen.

Die Steuererklärungen für die badische Gewerbesteuer

Die Finanzämter haben vor kurzem zur Abgabe von Steuererklärungen über das Betriebsvermögen für die badische Gewerbesteuer 1929 aufgefordert. Hiermit haben diejenigen Steuerpflichtigen, bei denen der Steuerwert ihres Betriebsvermögens sich am 1. Januar 1929 um mindestens 2000 ./. gegenüber dem bisher ver-

änderten Steuerwert erhöht hat, bis zum 31. Januar 1930 eine Steuererklärung abzugeben. Durch diese Verpflichtung wird die Veranlagung, die von dem Reichsfinanzminister angeordnete Veranlagung auf die Abgabe einer Vermögenssteuererklärung 1929 für die Steuerpflichtigen bedeutet, wieder aufgehoben, da diese nunmehr doch eine Neuauflassung ihres steuerpflichtigen Betriebsvermögens gemäß den Vorschriften des Reichsvermögenssteuergesetzes nach dem Stande vom 1. Januar 1929 vornehmen müssen. Die Handelskammer Karlsruhe ist daher bei dem badischen Finanzministerium dafür eingetreten, daß auch auf die Abgabe der jetzt angeforderten Gewerbesteuererklärungen für das Jahr 1929 verzichtet wird.

Gastwirte und Straußwirtschaften

Dem Erlass vom 29. Oktober 1928, der die Zulassung der Straußwirtschaften auf die Dauer von 3 Monaten nach Herbstbeginn, längstens aber bis zum 1. Februar des nächstfolgenden Jahres beschränkt, ist ein weiterer Erlass des badischen Ministers des Innern vom 21. Januar 1930 gefolgt, welcher besagt, daß in Anbetracht der großen Absatzschwierigkeiten im badischen Weinbau bei begründeten Gesuchen eines Straußwirtes und nach sorgfältiger Prüfung das Ausnahmerecht für selbstgebaute Wein um 2 Monate verlängert werden kann.

Der badische Gastwirteverband bekennt nun, daß diese Erlasse ungeschicklich seien und daß nach Einführung der Reichsgewerbeordnung am 1. Januar 1927 in Baden keine Straußwirtschaften zugelassen werden dürfen. Der badische Gastwirteverband ist außerdem der Ansicht, daß durch diese Maßnahmen dem eigentlichen Winterhande recht wenig oder gar nicht geholfen werde. In den meisten Fällen der eröffneten Straußwirtschaften würde das Ausnahmerecht nicht im Zusammenhang mit dem landwirtschaftlichen Hauptbetrieb ausgeübt, so wie der Erlass es vorsieht, sondern das Recht des Straußwirts habe zu Auswüchsen geführt; kämen doch durch konzessionierte Gastwirte Klagen, daß diese Winter sich nicht auf den Ausnahmestellen Weinbau beschränken, sondern doch in diesen Strauß- und Weinwirtschaften Schlachtfeste, Konzerte und Vergnügensveranstaltungen abhalten würden, sowie Abgabe von Speisen und Rauchwaren aller Art vorgenommen würde, genau so wie in den zu Recht bestehenden konzessionierten Gaststätten. Es wäre daher Aufgabe des Landtags, den Dingen nachzugehen.

Wieviel kostet das Parlament?

Den Rögern zum Nachdenken

Zweifellos kann durch eine Reichsreform viel Geld gespart werden; vor allem auch beim parlamentarischen Apparat der Kleinstaaterei. Unberechtigt ist jedoch die Rögerei jener, die damit nur ihre Antipathie gegen das jetzige Regierungssystem zum Ausdruck bringen wollen. Ihnen gibt der badische Beobachter folgenden Denksatz:

Bei der Beratung des Voranschlags über den Landtag überlegen die Mitglieder des Haushaltsausschusses mit beachtenswertem Eifer, wie man das und dort sparen könnte. Es wurden eine Reihe von praktischen Vorschlägen gemacht und schließlich der Antrag auf Ertrag von 68 000 ./. bei der Position: Aufwandsentschädigung für die Abgeordneten angenommen. Nebenbei bemerkt, beziehen die 88 Mitglieder des badischen Landtags ungefähr genau so viel Diäten im Jahr, wie der Reichshausparlament der Hjalmar Schacht allein an Gehalt jährlich bezieht, ohne die Nebeneinkünfte, die diese Stellung noch mit sich bringt. Die Kosten der deutschen Parlamente, verglichen mit den Gehältern einiger Bankpräsidenten und Verwaltungsaufwände einiger Senatsräte und Trufts, sind lächerlich gering, trotz allem Gehalt, das man in der Deutschen Reichstag über die teuren Parlamente erhebt.

Schließlich merken sich das jene Kreise, die Herrn Schacht in den Himmel heben, das Parlament jedoch ständig bekritisieren!

Zu hohe Stundenlöhne

Aus dem A. H. A. wird uns geschrieben: In der 12. Sitzung des Reichstages hat Herr Reichsminister des Innern, Herr Dietrich, die Arbeiterfrage in seiner Rede unter anderem zum Ausdruck gebracht. Die Arbeiter sollten sich mit einem etwas weniger hohen Stundenlohn zufrieden geben. Wenn Herr Teusch vom Evangelischen Volksdienst die Empörung der Arbeiter erleben und gehört hätte, wäre ihm sein volksdienlicher Mut vergangen. Wir möchten doch die Frage an Herrn Teusch richten: Hat Herr Teusch sich schon einmal in einem Betrieb umgesehen, mit welcher körperlicher Anstrengung der Arbeiter sein täglich Brot verdienen muß? Wie viel muß der Arbeiter trotz dem von Herrn Teusch angeführten hohen Stundenlohn entbehren gegenüber den Kreisen um Herrn Teusch? Glaubt vielleicht Herr Teusch, daß mit der Niederhaltung der Löhne die Volkswirtschaft gehoben werden kann? Ist es Herr Teusch nicht bekannt, daß die Aufzucht der deutschen Nation, wenn es um Arbeiterentlohnung geht, den Mund so sehr voll nehmen, um damit die eigenen hohen Gehälter zu verdecken. Die Arbeiterkraft weiß auch, daß die hohen Gehälter der ehemaligen deutschen Offiziere und die Kürstenaufwände vor allem große Beträge aus-

Unterwelt in Glacé

Der Berliner Westen nach der Polizeistunde

Das es im Rill Krokodile gibt, ist klar. Ebenso klar, daß die Gegenwart und den Schließlichen Bahnhof seit jener reichlich kommentierten Straßenkollision den „Smertreuen“ und ihren Kumpanen noch „im merireu“ ist. Aber es ist billig, sich gemessen nur im Berliner Westen zu fügen. Der „vornehme“ Westen ist keineswegs arm an Ueberredungen.

Bis 3 Uhr nachts allerdings zeigt er das gemöblte Gesicht, das seiner Majestät und seinem Renomme entspricht, die Lokale machen flüchtig und ihre Besucher sind es schon, und trotzdem flüchtigt Abend für Abend ein paar elegante Limousinen und Pelze den Kurpfuschendamm und seine Ausläufer.

Um 4 Uhr ändert sich das Bild. Die lebenden Standbilder der Ecken haben Feierabend gemacht. Frauen gehen jetzt allein als „vornehme“, denn die Straßen sind leer und die wenigen Passanten meist betrunken.

Wo aber bleibt der unentwegte Bummler? Die Kenn- und Adresskarte der Inflationsszeit sind gegenstandslos geworden. Gewandert wird schon auf der Straßenbahn und nach ist nicht mehr modern. Zahlunsträchtige Entschlüsse aus Neugier oder Kollos haben nach der Polizeistunde nur noch private Betätigungsmöglichkeiten.

Jedes Etablissement muß laut polizeilicher Vorschrift nachts einige Stunden schließen. Die dem Regiment kommen manche auf ihre Art nach. Sie schließen abends sehr früh und öffnen schon wieder um 4 Uhr morgens, wo ihre eigentliche Zeit beginnt. 6 Uhr Öffnungs-Volale und 4 Uhr Öffnungs-Volale arbeiten Hand in Hand, um keine Stunde der Nacht zu verlieren.

Im „Rill-Ka“ in der Bubapfeiferstraße, das abends gutes Kabarett macht, treffen sich die Zeitgenossen für die 3 Uhr früh ein angebotener Nachmittags ist, mit dem sie nichts besseres anzufangen wissen. Ein Gemisch aus Demitonde und Bohème ist da vertreten, ein Sommerfrühling aller Tönen, rings um die Gedächtnisfrage. Aber trotz warmer Würdigen und unübersichtlicher Gehäße nur eine Fortsetzung des abendlichen Berlins.

Charakteristischer sind schon die „Canaribar“ (Umlandstraße) und „Faul“ in der Kantstraße. Ein rot beleuchteter Winkel im Stadtviertel. Der Portier, emeritierter Schauboxer vom Ringeltau, was vielleicht den Namen „Faul“ erklärt, macht die Honneure. Manchmal macht er sie mit umgekehrtem Vorzeichen — dann sitzt plötzlich jemand in der trüben Luft. Bardamen aus der Nachbarschaft trinken mit ihren Kavaliere noch einen Topp, eine Kofotte fahrt leicht eine halbe Stunde gedankenlos in ihren Cocais, müde und verdrückt haben die Ringe unter den Augen wie in der rauchigen Luft. Ein Grammophon spielt die neuesten Tauber-Platten, ein Frack fahrt, für die er vor zwei Stunden in Varietebesahl worden ist, aber es hört niemand zu. „Dein ist mein ganzes

Leben.“ Der Portier, der bis 10 Uhr früh die Herrschaften plazierte, meint: „Ich bin ja nur ein besserer Zrennmärter!“ Gegenüber dem „Faul“ gibt es den „Freundlichkeitsklub der Kellner und Miskler, geöffnet von 1—7 Uhr, Eintritt nur für Mitglieder, Mitgliedsbeitrag eine Mark den Monat. Vor dem Haus steht ein Kofiz von Autos. Die immer nur dienen müssen, hier spielen sie die Serenität. Wer noch hier bedient und aufspielt? Wenn die Welt gerecht wäre — Herr Kommerzienrat!

Beilegung des Universitätskonfliktes in Freiburg

Bekanntlich hatte im November vorigen Jahres der Rektor der Universität Freiburg, Prof. Dr. Dragendorff, infolge eines Konflikts mit dem badischen Kultusministerium seinen Rücktritt erklärt. Ueber die kritischen Punkte, die die Selbstverwaltung der Universität betrafen, ist nunmehr eine vollständige Einigung zwischen dem Senat der Universität und dem Kultusministerium erzielt worden und damit die Grundlage für eine friedliche vertrauensvolle Zusammenarbeit geschaffen. Professor Dr. Dragendorff wurde daraufhin Samstag von der Plenarversammlung der Freiburger Universität zum Rektor auch für das Jahr 1930/31 gewählt und hat sich auf Grund dieser Vertrauensfundgebung bereit erklärt, sein Amt sofort wieder zu übernehmen.

Kommunisten-Marodeure und Herostraten

Eine Entlarung

Man schreibt uns: In der letzten Zeit haben die Kommunisten in ganz Deutschland wieder einmal bemerkt, daß es ihnen im Grunde genommen gar nicht darauf ankommt, den Erwerbslosen zu helfen, viel weniger, daß sie daran denken, deren Notlage zu lindern. Auf was es ihnen ankommt, ist, daß sie als gewissenlose Marodeure die Erwerbslosen als Mittel zum Zweck für ihre verbrecherischen Pläne benutzen und die Massen vorjagen, damit sie sich viele blutige Köpfe holen. Wann wird auch der Teil der deutschen Arbeiter, die sich heute immer noch von diesen politischen Verbrechern in der KPD mißbrauchen lassen, einsehen, daß sie nur für ihre verbrecherischen Pläne und Plünder als Schusswoll bei Zusammenstößen mit der Polizei für die Genossen „Führer“, die sich weit im Hintergrund tummeln, gebraucht werden.

Siehe Worms und Chemnitz!

In diesen beiden Orten hat man durch eine wüste Hege, die seitens der KPD „Führer“ in gemeinsten Art getrieben wurde, die Masse so aufgeschreckt, daß es bei einem Zusammenstoß mit der Polizei, die für Ruhe und Ordnung Sorge zu tragen hat, gekommen ist, wobei leider wieder Arbeiterblut geflossen ist.

Die KPD muß solche Erfolge von Zeit zu Zeit inszenieren, um Moskau zu beweisen, daß auch in Deutschland der Geist der „Weltrevolution“ nicht im Schwenden begriffen ist und der Rubel aus Moskau wieder besser rollt. Verbrecher auf Verbrechen häuft sich auf das Schuldkonto dieser Herostraten, die, um ihr politisches Fortschreiten zu lassen, die Erwerbslosen unter Ausnutzung ihrer Notlage herzu mißbrauchen.

Diese Herostraten zetteln nur dort ihren Plünder an, wo sie genau wissen, daß Sozialdemokraten mitbestimmen haben, ohne aber ausschlaggebend in den Dingen zu sein.

Wo aber Kommunisten in der Leitung einer Gemeinde sitzen, ja sogar ausschlaggebend sein könnten, verhält man sich menschlich und hübsch brav, um den eigenen „Genossen“ keine Schwierigkeiten zu bereiten.

Die Gemeinde Kleinsteinsbach in Baden hat das „Glück“, einen Kommunisten als Bürgermeister zu haben. Die Zahl der Erwerbslosen beträgt 65, wovon die Mehrheit Kommunisten sind. Nach den von uns gemachten Feststellungen haben die Kommunisten in Kleinsteinsbach, soweit sie als Erwerbslose in Frage kommen, weder einen Antrag auf Weihnachtunterstützung noch sonstige Anträge auf Notlageunterstützung gestellt. Auch der Kommunist als Bürgermeister hat von sich aus nichts unternommen, für die Erwerbslosen in Kleinsteinsbach etwas zu tun. Was hätten wir nicht alles erleben können, wenn Kleinsteinsbach einen Sozialdemokraten zum Bürgermeister gehabt hätte? Es wären zunächst einmal von den Kommunisten unerfüllbare Forderungen aufgestellt worden, um bei ihrer Nichterfüllung auf die SPD in der infamsten und niederträchtigsten Weise heranzuliegen und sie zu beschimpfen. Sozialdemokraten wäre bestimmt der geindepote Ausdruck gewesen.

So es sich aber in Kleinsteinsbach um einen Kommunisten handelt, hat man nicht zu Weihnachten noch sonst Unterstützung als Erwerbsloser und Ausgesteuerten notwendig. Damit ist klar bewiesen, daß es der KPD nur darauf ankommt, überall dort unerfüllbare Forderungen zu stellen, wo sie oder ihre Vertreter in den Gemeindeparlamenten feierliche Verantwortung zu tragen haben.

Siermt sind diese Herostraten entlarvt. Und mit solchen Elementen muß man sich in der Arbeiterbewegung herumschlagen. gwk.

Wie verlängere ich mein Leben?

Wenn ein Wissenschaftler von Namen wie Prof. Fürbringer in seinem Buche „Wie verlängere ich mein Leben“, das im Verlag Dr. Georg Olshausen erschienen ist, darüber berichtet, dann können wir ruhig lachen, und wenn wir hören, daß Fürbringer mit seinen 78 Jahren noch mitten im Berufsleben steht und sogar noch mitten im aktiven Sportleben, dann können wir ihm auch wohl glauben. Und was hat er? Was dich selbst alt? Man wird alt, wenn man keine Lebensgewohnheiten nachher ändert. Das gilt vor allem von der körperlichen Betätigung.

Mer älter wird, der wird etwas bequemer als früher. Die Muskelkraft nimmt ab und die Ermüdung kommt schneller. Aber darum hat keine Beweismittel und nur ja nicht zum Stubenhocker werden! Muskelarbeit, sagt Fürbringer, ist eines der wichtigsten Mittel, die helfen, nicht nur der Schwächung des gesamten muskulösen Muskelsystems, sondern sie vermag auch der Verjüngung des Lebens direkt entgegenzuwirken.

Beschäftigung und Bewegung im Hause ist ungenügend. Denn zu Hause ist die Luft nicht so wie sie draußen ist. Zu Hause umgeben uns aber auch immer die kleinen Sorgen. Und die drücken stets. Sie machen uns vorzeitig alt. Und wenn wir sie nicht ganz bannen können, dann müssen wir wenigstens täglich mal aus dem Alltagsmilieu hinaus in das Freie.

Vorsicht mit Zimmergymnastik! Vorsicht vor Ueberreizung eines kranken Systems! Aber täglich Bewegung, Leibesübungen und frische Luft. Auch nächtliches Radfahren erhält geistiger arden Wert. Der 78jährige Mann kennt keine schönere Erfrischung, als ein kaltes Schwimmbad. Noch in seinem Alter.

Weiber hat sich aber der Körperkultur dankte bis jetzt nur in die dreißiger und vierziger Jahre hindurchgeleitet. Aber dann erhält, was er in jüngeren Jahren an Gesundheit gewonnen hat, mit zunehmendem Alter wieder verloren. Wenn die Körperübungen ein wenig wird das Geschick einmal überwinden sein und alle sind auch im höchsten Alter durch den vernünftigen Sport noch gesund und jung.

Doch nicht ohne soziale Gestaltung. Sorge macht zeitig alt. Unterernährung schwächt genau so wie Ueberarbeit. Nebenbei mit dem isolierten Kambe wird der Körperkultur, was es als Gemeingut auch der Alten, einmal das Geschick, was es heute ist, überwinden lassen.

Der Portier, der bis 10 Uhr früh die Herrschaften plazierte, meint: „Ich bin ja nur ein besserer Zrennmärter!“ Gegenüber dem „Faul“ gibt es den „Freundlichkeitsklub der Kellner und Miskler, geöffnet von 1—7 Uhr, Eintritt nur für Mitglieder, Mitgliedsbeitrag eine Mark den Monat. Vor dem Haus steht ein Kofiz von Autos. Die immer nur dienen müssen, hier spielen sie die Serenität. Wer noch hier bedient und aufspielt? Wenn die Welt gerecht wäre — Herr Kommerzienrat!

Kalchemie im Bayerischen Viertel: „Es wird arbeiten, idealisch rufenden Vörm wegen der anwohnenden Parteien zu vermeiden. Das heute Gelächter und Gelächter wird durch das „W!“ des Wirtes unterdrückt. Ein Mann in Sweater und Mütze, mit jedem auf Du und Du, hält beim Herausgehen die Hand auf, und unterdrückt außerdem Ruheforderungen auf seine Weise. Die „Libelle“ hat hier ihren Stamm, neben ein paar Ruten und Puppenjungen. „Libelle“ ist der in den Westen transponierte „Smertreut“, sagt im „Eben-Palast“ in Charlottenburg und macht sich leicht in albedeüblicher Weise nützlich. „Was ist denn der Ged dort mit dem Umfang der biden Trima?“ Berufstinglampfer! „Und der da mit den weißen Händen?“ Halbarber.

Einer muß morgen ins „Sanatorium“, angeblich, weil ihm bei seinem Sport das Kniebein gerüttelt wurde. Ob das „Kniebein“ nicht ganz so anders klingt? Oder das „Sanatorium“ in Moskau?

Julius Weismanns neue Oper. Julius Weismanns neue Oper „Geldentronen“ nach dem bekannten Drama von August Strindberg wurde von der Staatsoper München zur Uraufführung für die nächste Spielzeit angenommen.

Um den Fortbestand des Heidelberger Theaters. Die Stadtverwaltung hat an den Heidelberger Omnium der Bühnengenossenschaft ein Schreiben gerichtet, in dem sie mitteilt, daß über die Frage der Weiterführung des Stadttheaters erst in der Voranschlagsberatung entschieden werde, und daß deshalb auch die Neuanstellung des Personals erst nach dieser Entscheidung erfolgen könne. Die Stadtverwaltung will sich damit sichern für den Fall, daß große Einschränkungen beschlossen werden sollten, und man hält die Fortdauer eines jährlichen Zuschusses von 650 000 ./. für das Stadttheater für unmöglich. Andererseits wünscht die Bevölkerung einen Mittelweg, weil sie eine Schließung des Stadttheaters für ebenso unmöglich hält.

Brügelstraße im 19. Jahrhundert. In Preußen wurde die Brügelstraße endgültig im Jahre 1848 abgeschafft; in Sachsen-Altenburg und in Mecklenburg bestand sie noch bis zum Jahre 1870. In Hannover wurde bis zum Jahre 1840 mit eisernen Keulen gerädert und die Todesstraße verfiel durch Schließen zum Nichts einer Ruhbaut.

Der Nachtragsetat zum Reichshaushalt

Aus dem Entwurf des nunmehr vom Reichsfinanzministerium fertiggestellten Nachtragsetats für 1929 ergibt sich, daß die durch die Annahme des Youngplans zu erwartenden finanziellen Erleichterungen durch den im laufenden Rechnungsjahr sich ergebenden Fehlbetrag restlos ausgeglichen werden. Ansehnlich dieser Sachlage war es unmöglich, einen Tilgungsfonds zur Abdeckung der schwebenden Schuld nach dem am 24. Dezember beschlossenen Gesetz einzustellen. Ebenso wenig war es möglich, die Abdeckung des Fehlbetrags im außerordentlichen Haushalt in Angriff zu nehmen. Vielmehr muß die Anleiheermächtigung bei der gegenwärtigen Kapitalmarktlage und damit auch der Fehlbetrag des außerordentlichen Haushalts um 275 Millionen Mark erhöht werden. Der Tilgungsfonds wird in dem Haushalt für 1930 eingestellt werden.

Die Erhöhung der Anleiheermächtigung um 275 Millionen Mark setzt sich zusammen aus verschiedenen Posten, die außerordentlichen Haushalt ein Mehr gegen die ursprünglichen Ansätze erfordern. Davon entfallen allein 222,5 Millionen auf Darlehen an die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und 50 Millionen Mark als Stammkapital für die Beteiligung des Reiches an der Preussischen Zentralgenossenschaft. Die restlichen Beträge entfallen auf kleinere Posten der Kaiserstraßenverwaltung.

Das Auswärtige Amt fordert in dem Nachtragsetat allein für Umsatzen nicht weniger als 720 000 M. Das Reichsinnenministerium wünscht eine Erhöhung des Zuschusses zu den Kosten der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zwecks Förderung der Wissenschaft um 650 000 M. Auf diese Weise soll eine Schließung der Institute dieser Gesellschaft verhindert werden. Die Kosten des Staatsbearbeitungsfonds für den Reichsaussenminister Dr. Stresemann werden in dem Entwurf des Nachtragsetats auf etwa 120 000 M. bemessen. Für die Durchführung von Hilfsmaßnahmen zugunsten der aus Rußland ausgewanderten deutschstämmigen Bauern werden vom Reichsinnenministerium etwa 6 Millionen Mark angefordert, die jedoch inzwischen auf Grund einer besonderen Vorlage vom Haushaltsausschuß bereits bewilligt worden sind. Für die Technische Hochschule sind wegen Mehrabgaben an persönlichen Bedürfnissen und Arbeitslohn 125 000 M. einseitig.

Im Arbeitsministerium wird für die Arbeitslosenversicherung ein Mehr von 30 Millionen angefordert. Außerdem sollen zur Erleichterung der finanziellen Leistungsfähigkeit der Invalidenversicherung 50 Millionen zur Verfügung gestellt werden. Die Mittel für diese beiden letzten Posten dürften insofern nur inwieweit herausgegeben werden, als das Einkommen aus der Lohnsteuer im Jahre 1929 im Betrage von 1300 Millionen bzw. 1375 Millionen übersteigt.

Im Etat des Reichsverkehrsministeriums war für den Betrieb von außerordentlichen Luftverkehrsstellen durch die Luftlinie eine Anleihe im Betrage von 6 Millionen vorgesehen, die durch die deutsche Luftlinie besetzt und vom Reich verzinst und getilgt werden sollte. Die Aufnahme einer solchen Anleihe, die entsprechend rechtlich beherrschbar ist, hat sich wegen der Lage des Geldmarktes nicht realisieren lassen. Es soll der Luftlinie nunmehr der benötigte Betrag in Höhe von 3 Millionen unmittelbar zugesandt werden. Von diesem Betrage können die im Hauptetat für 1929 für Verzinsung und Tilgung vorgesehenen 550 000 M. abgedeckt werden, so daß ein Mehr von 2 450 000 M. verbleibt.

Der Etat für Versorgungs- und Ansehensleistungen erfordert an Versorgungsleistungen für frühere Angehörige der Wehrmacht und für die Hinterbliebenen solcher Angehöriger ein Mehr von 37,7 Millionen. Diese große Mehrforderung ist dadurch entstanden, daß der Schätzung im Hauptetat für 1929 eine Zahl von 575 000 Beschädigten zugrunde gelegt worden war, während diese Zahl sich seitdem bereits auf 815 000 erhöht hat.

Die schwierige Kassenlage des Reiches und der ungünstige Geldmarkt in Deutschland spiegeln sich ferner in einer Forderung von 28,7 Millionen Mark wieder, die im Haushalt der Reichsfinanzverwaltung für die kurzfristigen Kreditoperationen des Reiches verlangt werden. Im Etat der Finanzverwaltung werden 14,9 Millionen mehr an die Länder überlassen, darunter aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer allein 20 Millionen.

Der Haushalt für die Kriegskosten steht unter der inneren Kriegskosten bei den Ausgaben für die besetzten Gebiete, die Grenzgebiete und das Saargebiet ein Mehr von 65,9 Millionen vor.

Unter den Einnahmen der Reichsfinanzverwaltung ergeben die fortwährenden Besitz- und Verkehrssteuern ein Weniger von 254 Millionen, denen ein Mehr von 121 Millionen gegenübersteht, so daß ein Minus von 133 Millionen verbleibt.

Da nach der Annahme des Youngplans als künftige Quellen der Reparationsleistung lediglich die deutsche Reichsbahn-Gesellschaft und der Reichshaushalt bestehen bleiben sollen, wird die im Dampfsplan vorgesehene Industriebelastung als Sonderquelle für die Reparationsleistungen entbehrlich. Der Nachtragsetat nimmt in Aussicht, die im Februar 1930 fällige Rate auf Grund eines besonderen Gesetzes noch einmal in Höhe von 150 Millionen zu erheben und für Zwecke des Reichshaushalts zu verwenden.

Alles in allem zeigt der Nachtragsetat manche Posten, die dem Reichstag zur ernstlichen Prüfung Anlaß geben sollten.

Kadav statt Politik

Kommunistische Ausschreitungen in Berlin
Berlin, 26. Jan. Heute nachmittags wurden bei Müggelsee von etwa 40 Angehörigen der kommunistischen Jugendorganisation zahlreiche Kraftwagen angehalten, mit Steinen beworfen und zum Teil erheblich beschädigt. Schließlich wurde das Ueberfall-Kommando alarmiert, das mes gelang, sieben männliche und zwei weibliche Mitglieder der Jugendorganisation festzunehmen und der Abt. I A des Polizeipräsidiums zuzuführen.

Kommunistischer Ueberfall auf Polizeibeamte
Necklingshausen, 26. Jan. Im Anschluß an eine Theaterveranstaltung zu der die Kommunistische Partei am Samstagabend eingeladen hatte, zog eine Anzahl Teilnehmer singend und lautstark ausstehend durch die Straßen der Stadt. Als in der Nähe der Sedanstraße eine aus drei Mann bestehende Polizeistreife sie zur Ordnung riefen, fielen die Kommunisten über einen der Beamten her und brachten ihm eine Anzahl Verletzungen bei. Auch die beiden anderen Beamten wurden tätlich angegriffen. Erst durch Hilfe mit dem Gummiknüppel gelang es ihnen, sich zu befreien. Den Kommunisten gelang es in der Dunkelheit zu entkommen.

Unterernährte Schulkinder in Pirmasens

Aus Pirmasens wird berichtet: Der Pirmasenser Schularzt hat in seinem letzten Bericht über die Untersuchungen, die er an den Schülern verschiedener Volksschulklassen vorgenommen hat, die Feststellung machen müssen, daß sich die Zahl der unterernährten Kinder ganz erheblich gesteigert hat gegenüber dem Vorjahr. Die Untersuchungen erstreckten sich auf 3 047 Kinder, von denen rund 300 unterernährt waren; nur 128 Kinder konnten als gut genährt bezeichnet werden. Diese trübliche Befundung ist wohl eine Folge der im letzten Jahr ganz besonders schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse in Pirmasens.

Für die Gesundheit ist das Beste gerade gut genug. Minderwertige Mittel schädigen den Organismus und helfen vorübergehend. Dagegen bewirkt das seit 15 Jahren eingeführte und von über 500 Ärzten geprüfte Logal bei rheumatischen, gichtischen und Nerven-Symptomen sofortige Besserung. Logal wirkt nicht bloß prompt und tief abtötend seine unangenehme Nebenwirkungen hervor, es dürfte daher von allgemeinem Interesse sein, unsere Leser auf dieses Mittel hinzuweisen.

Nadel und Fingerhut

Einer der nützlichsten und unentbehrlichsten Gebrauchsgegenstände, die die Menschheit, kann auf ein sehr hohes Alter zurückzuführen. Wenn auch nicht in ihrer heutigen Vollkommenheit war sie schon den Vätern der Menschheit bekannt, die ihre Erfindung der Kriegsgöttin Bellona zuschrieben. — Ursprünglich benutzte man zum Nähen Fischgräten, Pfanzensporne, Holzstäbe und Knochen; wir finden derartige primitive Nadeln auch bei untern primitiven Vorfahren, bis die römische Kultur sie mit der Metallnadel besaß. Die Babylonier und Pharaier mühen bereits Nadeln geformt haben, da sie gestickte Gewänder trugen. Die hochkultivierten Ägypter und Griechen bedienten sich ihrer ebenfalls. Funde in vorchristlichen Gräbern haben Metallnadelnutage gefördert, wahrhaftig griechischer, römischer und etruskischer Kultur. Sie zeigen nämlich die Eigenschaften einer durchaus brauchbaren Nadel: eine scharfe Spitze, einen schlanken Schaft und kleines Loch. — Daß die Israeliten die Nadelnadel gefast haben, geht aus mehreren Bibelstellen hervor, darunter die bekannte vom Kamel, das aber durch ein Nadelstich gehe, als daß ein Reiter in den Himmel komme.

Sehrbedeutend, bis zur Erfindung der Maschine, ist die Nadel handwerklich hergestellt worden. Besonders mühsam war es und große Aufmerksamkeit erforderte es, das winzige Loch in die Nadel zu schlagen. Im Zusammenhang hiermit entstand die Redensart: „Er daßt auf wie ein Nadelstich“. Da es sich bei ihrer Arbeit um ein Gerät zum Stechen handelte, nannten sich die Nadelmacher im Anfang Hecker, später Nadel. — Seit dem 14. Jahrhundert war Nürnberg der Hauptsitz der europäischen Nadelindustrie, schon 1370 wird die dortige Kunst der Nadelmacher urkundlich erwähnt. (In Augsburg waren sie seit 1406 sünftig.) Neben dem Solzse, dem „Nürnberg Land“, trug die Nadelnadel nicht wenig dazu bei, den Ruhm der freien Reichsstadt in aller Welt zu verbreiten. — Die fabrikmäßige Herstellung der Nadelnadel begann am Ende des 14. Jahrhunderts, nachdem die Kunst des Drahtziehens durch den Nürnberger Meister Rudolph erfunden worden war, denn die Grundfrage der Nadelherstellung bildet das Drahtziehen. Die besseren Nadeln wurden aus Stahl, die geringeren aus Eisenblech gemacht, der erst im Verlauf des 19. Jahrhunderts eine oberflächliche Umwandlung in Stahl erhielt. (Heute verarbeitet man fast nur noch Stahl.) — Als Meisterstück mußten die Nadeln früher innerhalb einer bestimmten Zeit 3000 Nadeln mit vierfachen Drehen anfertigen.

Nachdem bereits 1560 die erste Nadelherstellung in England begründet worden war, bemühte sich um die Mitte des 17. Jahrhunderts die englische Industrie der Nadel mit solchem Eifer, daß sie aus ihrer Herstellung geradezu ein Monopol machte. Hauptfabrikationsstätten waren damals Birmingham und Sheffield. — Deutschland nahm den Wettbewerb mit England im Anfang des 19. Jahrhunderts auf; in Aachen, Altona und Jernlohn wurden neue Nadelabriken errichtet, die zunächst mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen hatten, bis sie schließlich das Übergewicht über die englischen Fabriken errangen. Seit dem Ende der 40er Jahre des vergangenen Jahrhunderts war Thüringen (Schleierhau bei Arnstadt) der Hauptsitz unserer Nadelindustrie, dort entstand ein dem englischen mindestens gleichwertiges, aber erheblich billigeres Fabrikat. Die bedeutendsten Fabrikationsorte Deutschlands für Nadeln, zu denen man übrigens auch die Maschinen, Säge-, Stroh-, Seil-, Tapetenfabriken, die Nadeln für chirurgische Zwecke usw., usw. zählt, sind Aachen, Altona, Bursfelde, Schleierhau, Jernlohn, Lüdenscheid, Nürnberg und Schwabach.

Man denkt sich die Herstellung einer Nadel meist einfach, als sie in Wirklichkeit ist, sie hat vom Walzdraht bis zum fertigen Fabrikat verschiedene Prozeduren durchzumachen und muß dabei unzählige feine Hände geben. Daß sie trotzdem nur so wenig kostet, ist eine Folge der ausgezeichneten Arbeitsteilung in den Fabriken und der Benutzung wahrhaft genial erdachteter Maschinen.

Neben der Nadel hat der Fingerhut von jeher zum unentbehrlichsten Arbeitsgerät der Frau gehört. Da die älteste Weberei man sich zum Nähen und Sticken bediente, ein einfaches Pfanzensporn war, an dessen Stelle später zunächst die dreifache Pfanzensporn trat, mit der man die Löcher zum Durchziehen des Fadens bohrte, brauchte man, um die Finger vor Verletzungen zu bewahren, noch nötiger als heute eine Schutzvorrichtung, den Fingerhut. Wie er ursprünglich ausgesehen hat, wissen wir nicht, vornehmlich bestand er aus einem Stück Baumholz, mit dem man die Finger umwickelte, um beim Nähen der primitivsten Gewänder den Dorn durch das Fell zu durchdringen. Als die Kultur dann schon so weit vorgeschritten war, daß man allerlei Arbeitsgerät herstellen konnte, ging man dazu über, Fingerhüte aus Holz, Knochen oder Horn herzustellen. Damit war der Fingerhut in seiner heutigen Gestalt entstanden, nur daß die Verzierungen in der Kruppe noch fehlten.

Die ältesten Fingerhüte, welche auf uns gekommen sind, stammen aus vorchristlichen Gräbern und Höhlenfunden, sie bestanden aus Horn, Knochen und Holz. Dies Material ist etwa zwei Jahrhunderte hindurch fast ausschließlich zur Anfertigung von Fingerhüten nützlich worden. Eine Ausnahme bilden einige in altägyptischen Gräbern gefundene Exemplare aus einem blauschwarzen Stein, einer glasähnlichen Masse, sowie ein paar steinzeitliche aus Gold. In der griechischen Antike, besonders interessant ist ein in einer englischen Sammlung aufbewahrter, aus römischen Goldstammender goldener Fingerhut mit Metallbändern zur Befestigung an der Hand.

Weitere Verbreitung fand das nützliche Nähergerät eigentlich im Mittelalter, es wurde damals hauptsächlich aus Horn, Knochen, Holz, Ton und gebärdetem Leder angefertigt. Bornehme Damen benutzten aus Silber und Gold kunstvoll geschmiedete Fingerhüte, die in mancherlei loar Gesteine und Perlen einlagen. Die wertvollsten Schmuckstücke bildeten damals bestickte Handschuhe, die in der Regel aus Seide oder Baumwolle waren. Während der Renaissance hat die Kunst der Fingerhutherstellung sich nicht nur in der Miniaturfertigung aus: Franz von Sickingen (1535-1581) hat sogar die ganze Leibesgeschichte Christi auf einem Fingerhut zur Darstellung gebracht. Natürlicherweise wollten die Kunsterfinder nicht zurückbleiben, sie rieten allerlei Werte, wie Elfenbein und andere längere Gebilde in Fingerhüte ein. In späterer Zeit legte man weniger Wert auf die künstlerische Schmückung des kleinen Futterals zum Schutz der Fingerhüte beim Nähen, und nur ausnahmsweise wurde noch einmal ein besonderes kostbares Stück geschaffen, wie das im Besitz der Königin Elisabeth der Niederlande befindliche, aus Gold, mit eingearbeiteten Edelsteinen, Perlen und Initialen in Emaille, ein hochzeitliches Geschenk Paul Krügers, des Präsidenten der südafrikanischen Republik.

Seit heute treibt man mit Fingerhüten keinen so großen Aufwand mehr, man begnügt sich meist mit einem einfachen Exemplar aus Messing, Nidel, Stahl, Knochen, Zelluloid, Elfenbein usw., wenn es hoch kommt, ist es ein Fibernet mit einem Boden aus Leder.

Aus aller Welt

Strassenbahnunglück in Stettin

In Stettin löste sich an einem Strassenbahnzug aus unbekannten Gründen die Kuppelung des Wagens 9, so daß dieser aus den Schienen sprang und mit solcher Wucht gegen ein Gebäude prallte, daß er sich überflügte. Soweit bisher festgestellt werden konnte wurden drei Personen getötet und 24 verletzt, darunter mehrere schwer.

Der nationalsozialistische Bankfall

Schwierig, 27. Jan. (Hundst.) Die Veruntreuung des Reichs-Schmitt in der Filiale Bismarck der Reichsbank in Berlin, die dort entstand ein Defizit von 40 000, sondern auf mehr als 100 000 M. Schill war Mitglied der nationalsozialistischen Partei.

Brand in der Schokoladenfabrik

In Schleißheim brach aus unbekannter Ursache in der Jucker- und Schokoladenfabrik von Junker Feuer aus, dem die Einrichtung der Fabrik, die Maschinen, Fertigerwaren und Rohmaterialien zum Opfer fielen.

Anatole Frances Gattin

Paris, 25. Januar. In der vorletzten Nacht ist hier die Gattin Anatole Frances gestorben.

Der erste deutsche Tonfilm in USA.

Die American General Film-Company brachte zum ersten Mal einen deutschen Tonfilm zur Aufführung und zwar den Ufa-Film „Die Has ist geliebt“ mit Max Erichsen.

Neue falsche Dollarnoten in Berliner Banken festgestellt

Bei den Berliner Grobhandeln sind dem Berliner Tagelohnt zufolge neue gefälschte Dollarnote aufgetaucht, deren Aussehen einwandfrei zu sein schien, und die trotzdem gefälscht waren.

Revolte im Erziehungshaus

In der Pflanzenschule Joor (Oberlausitz) kam es zu einer Revolte unter den Zöglingen. In einem Gebäude der Anstalt wurde ein Zögling wegen Unzufriedenheit gegen den Hauswart in den „Bestimmungsraum“ gebracht. Andere Zöglinge aus einem zweiten Gebäude drangen mit Gewalt, mit eisernen Rohren und Stangen bewaffnet, von außen her in das Gebäude ein und befreiten den eingeschlossenen Zögling. Den Hauswart bielten sie fest. Der stellvertretende Vorsteher der Anstalt verfuhr vergeblich, die Eindringlinge die sich um den befreiten Zögling schickten, zum Verlassen des Gebäudes zu bewegen. Darauf rief er polizeiliche Hilfe herbei. Die bald darauf erschienenen Landjäger nahmen drei Nadelstichführer fest und stellten die Ruhe wieder her.

Südamerikafahrt des „Graf Zeppelin“

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ soll Mitte März seinen Fahrtbetrieb wieder aufnehmen und im Mai die Südamerikafahrt zur Ausführung bringen.

Millionenveruntreuungen bei der Hauptpost in Madrid

Aus Madrid wird dem Journal berichtet: Die Polizei verhaftete zwei etwa 30 Jahre alte Postangestellte von der Madrider Hauptpost, die seit fast drei Jahren die nach dem Ausland ausgehenden eingehenden Postsendungen von Banken und Bouteriegeschäften auftrahen und beschlagnahmten. Sie gingen dabei zu geschäft vor, daß die Entdeckung des Diebstahls erst bei der Öffnung der Sendung durch die Adressaten gemacht wurde. Die entwendeten Beträge sollen zwei Millionen Peseten übersteigen.

Polarforscher Cool aus der Haft entlassen

Aus Copenhagen (Dänien) wird berichtet: Das Justizministerium hat befürwortet, daß der Polarforscher und Petroleumunter-

nehmer Dr. Frederik Cool auf Ehrenwort aus dem Gefängnis entlassen werde, wo er wegen Betruges eine Strafe von 12 Jahren 9 Monaten verbüßt. Dr. Cool, der beinahe fünf Jahre im Gefängnis zugebracht hat, ist 65 Jahre alt. Cool, dessen Anwesenheit am Nordpol im Jahre 1909 nach einer kurzen Periode befristeter Beurlaubung statt beweiselt wurde, stand damals, nur noch ein schwacher Mann, im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Im Dezember 1909 erfolgte seine Entlassung durch eine Untersuchungskommission der dänischen Regierung. Cool war nicht am Nordpol gewesen. Er, der eben noch Gefangener war, mußte Amerika verlassen und in England Jahre der Not verleben. Nach seiner Rückkehr nach Dänemark wurde er wegen Kreditbetrugs mit 14 Jahren Gefängnis bestraft. Jetzt wird er als alter, gebrochener Mann dem Gefängnis verlassen.

Von Wilddieben tödlich verletzt

Koblenz, 26. Jan. Im nahen Nieder-Wendung wurde der Postkutschmann Meißner K. K. m. n. beim Kampf mit Wilddieben tödlich verwundet. Er wurde durch einen Schuß in den Rücken in ein Krankenhaus gebracht. Mehrere verdächtige Personen, die als Täter in Frage zu kommen scheinen, sind bereits verhaftet.

Geplündeter Waffenladen

In Berlin haben in der Nacht zum Samstag bis jetzt noch nicht gefasste Täter die Waffenfirma Veim u. Hanfsteiner in der Kaiserstraße geplündert und sämtliche Revolverpistolen und die dazu gehörigen Munition gestohlen.

Pflaumenblüte in Holland

In der holländischen Provinz Limburg, den Orten der Kreften und Raaltebe, reihen infolge der milden Januarwitterung ausnehmend frühzeitig die Pflaumenblüten in voller Blüte.

Eisenbahnunglück in Rumänien

Bularest, 26. Jan. Bei Busen stieß ein Güterzug mit einer Lokomotive zusammen, die aus bisher unbekanntem Grund auf offener Strecke stehen geblieben war. Drei Eisenbahnarbeiter kamen ums Leben, vier wurden verletzt. Der Stationsvorsteher von Busen wurde verhaftet.

Bularest, 26. Jan. Auf der Strecke Bularest-Galah wurde ein Lokomotivverkehr auf einen Schnellzug verlegt. Eine Lokomotive dynamit geladene auf dem Bahndamm des Juges zur Explosion. Die Lokomotive wurde beschädigt. Nach zwei Stunden konnte der normale Verkehr wieder aufgenommen werden. Von den Tätern fehlt bis jetzt jede Spur.

Drei belgische Bergleute verschüttet

Charleroi, 26. Jan. In einem Kohlenbergwerk bei Gilla wurden drei Bergleute verschüttet. Sie geben auf Klopfzeichen keine Antwort mehr. Man hat die künftigen Befürchtungen.

Das Flugzeug Cielsons gefunden

Seattle, 26. Jan. Die militärische Funktion hat eine Meldung erhalten, daß zufolge das Flugzeug des leit dem 9. November in Spanien vernichteten belandeten Nordpolforschers Cielson gerettet worden ist. Von den Insassen fehlt jede Spur.

Tageskalender
der Sozialdem. Partei Karlsruhe

Arbeiterwohlfahrt. Heute Montagabend 8 Uhr findet im Büro, Bittel 40, eine wichtige Vorstandssitzung statt. Mitglieder des Vorstandes werden gebeten, pünktlich zu erscheinen.

Karlsruher Chronik

Karlsruhe, 27. Januar 1930.

Geschichtskalender

27. Januar, 1756 *Komponist Amadeus Mozart. — 1808 *Schriftsteller D. Friedrich Strauß. — 1824 *Holländischer Maler Jozef Israels. — 1828 *Russischer revolutionärer Satiriker Salntom. — 1843 *Socialist Andreas Scheu, Deisterreich. — 1850 *Bildhauer Gottfried Schadow. — 1901 *Komponist Giuseppe Verdi. — 1922 *Socialistin Lufie Zick.

Neues aus dem Karlsruher Tiergarten

Die im Stadtpark geborenen beiden jungen Löwen, über die wir schon einmal berichtet haben, mühten bisher leider in dem für das Publikum nicht zugänglichen Innenraum des Raubtierhauses zu verbleiben. Nachdem sie aber jetzt von ihrer Mutter getrennt sind, mühten sie sich eine Lieberbestellung nach dem Vogelhaus gefallen lassen, damit sie dort in einem besonders dafür eingerichteten Käfig von den Gartenbesuchern bestaunt werden können. Ihre bisherige kaiserliche Abwechslung im Raubtierhaus macht sich in ihrer großen Scheu vor den Menschen bis jetzt noch unangenehm bemerkbar. Es ist aber zu hoffen, daß sie in kurzer Zeit diese Scheu verlieren und sich munter in ihrer neuen Behausung tummeln werden.

Auch einen Neuzugang an Tieren hat der Tiergarten zu verzeichnen und zwar 3 Kamerunhühner aus dem Zoologischen Garten München-Heilbrunn. Diese Schafe werden in Kamerun von den Eingeborenen als Haustiere gehalten und sind s. T. in ganz ansehnlichen Herden, ähnlich wie bei uns, anzutreffen. Ihre lebhafteste Farbe in weiß, schwarz und einigen Zwischenfärbungen gestalten eine gute Vorstellung von der Wirkung einer großen Herde solcher Schafe.

Wanderausstellung Badische Werkchau der Stadt, Kunsthalle Mannheim

Die Städtische Kunsthalle Mannheim hat im letzten Jahre eine Ausstellung von Arbeiten der Bad. Landesgruppe des Deutschen Werkbundes zusammengestellt, die in Abbildungen badische Architektur und in kunsthandwerklichen Eigenschöpfungen heimatische Kunstgewerbe im Sommer 1929 erstmals in Mannheim in erfreulichen Leistungen zeigte. Die Veranstaltung soll vor allem die Arbeiter der Mitglieder der Bad. Landesgruppe des Deutschen Werkbundes durch eine Wanderausstellung in den größeren Städten Badens bekanntmachen und auch bei der Allgemeinheit das Verständnis für neuzeitliche Kunst und für geschmacklich wie sachlich anerkannte Qualitätsereignisse zu ihrer richtigen Bewertung heben helfen.

Die Wanderausstellung wurde im Dezember und Anfang des neuen Jahres von der Kunstgewerbeschule Pforzheim übernommen und wird ab 26. Januar bis einschließlich 16. Februar zu den üblichen Besuchszeiten in den Ausstellungsräumen der Badischen Landesgewerbehalle Karlsruhe dem allgemeinen Besuch geöffnet sein. Wo sie im Einzelverständnis mit dem Veranstalter kritisch noch durch Architekten und Arbeiter angewandter Kunst ergänzt und bereichert wurde.

In einer für die Herren Vertreter der Presse abgehaltenen Vortragsrede, zu der das Landesgewerbeamt Sonntag vormittag eingeladen hatte, wurde unter Betonung des Zwecks der Veranstaltung kurz auf den Gedanken und das Ziel des heute fast in der ganzen Welt als geschmacklich führend anerkannten Deutschen Werkbundes eingegangen, der durch seine, in den einzelnen Ländern gegründeten und noch zu gründenden Landesgruppen die Kräfte der jeweiligen engeren Heimat mit gleichem Arbeitswillen, -sinnen und -auffassung gewissermaßen als Stützpunkte guter Handwerkskultur und -sorgen angewandter Kunst zusammenfassen will. Das Leitmotiv guter Werkbunarbeit: in Verbindung mit Materialgüte, materialgemäß und mit technischer Vollkommenheit zweckgemäß zu schaffen und zu gestalten, ist bei allen Erzeugnissen demnach und vorwiegend für ihre Auswahl.

Wir werden in einer besonderen Besprechung noch auf die Ausstellung im einzelnen näher eingehen.

„Sorgen um den Schloßplatz“

In verschiedenen hiesigen Zeitungen wurde über den schlechten Zustand des Schloßplatzes geklagt. Solche Klagen kommen meistens von derselben Seite, die bei anderen Gelegenheiten die lauteste Aulerin ist, wenn es gilt, den Staat und die Stadt zum Sparen zu ermahnen. Doch aber Sparsamkeit ist in den Ausgaben auswirken muß, ist ja selbstverständlich und wenn der Wunsch nach Sparen erfüllt werden soll, so kann der Staat auch nicht vor der Ausschmückung des Schloßplatzes haltmachen. Es wäre deshalb gut, in solchen Dingen etwas logischer zu denken, denn es reicht doch stark nach Speibühnerei, wenn man auf der einen Seite die Sparagnes martiert und auf der anderen Seite Klagen darüber führt, wenn durch das Sparen diese oder jene Arbeit unterlassen bleiben muß.

Der Verkehrsverein sieht sich ebenfalls gezwungen, zu den verschiedenen Artikeln in bürgerlichen Zeitungen wegen des schlechten Zustandes des Schloßplatzes Stellung zu nehmen. In einer Zeitungsnotiz erwähnt er seine Bemühungen in dieser Angelegenheit und schreibt lobend: Die Bezeichnung „Bernachlässigung“ kann aber heute deshalb nicht mehr aufrecht erhalten werden, weil das Finanzministerium und alle zuständigen Behörden budgetär ihr Möglichstes tun, um Abhilfe zu schaffen. Man sieht wohl ein, daß in der augenblicklichen bedrückten Wirtschaftslage, in der sich auch der Staat befindet, nicht alle Wünsche erfüllt werden können. Was den Ausbau des Gärtnerpersonalbestandes anbelangt, verbleibt das letzte Wort dem Arbeitgeber, der sich leider zu einer Verminderung gezwungen sieht, wenn auch die Lieberwadung und Pflege der Anlagen noch so Not leiden würde. Immerhin wird man die An gelegenheit im Auge behalten und versuchen, im Rahmen der vorhandenen Mittel für das schöne Kleid der Stadt Karlsruhe, so wohl im Interesse der Bevölkerung wie auch aus repräsentativen und verkehrspolitischen Gründen, Sorge zu tragen. Die Platzkonzerte auf dem Schloßplatz sollen demnach wieder beginnen.

Humoristisches Konzert der Harmonie

Um es normig zu sagen: Die Harmonie hat mit diesem am Sonntag nachmittags stattgefundenen Konzert einen Bombenerfolg zu verzeichnen, insofern was den Verkauf der Veranstaltung betrifft wie auch den Besuch. Die Festhalle war zu klein, viele Hunderte mußten wieder umkehren. Sie konnten keinen Einlaß mehr finden. Und diejenigen, die drinnen waren, hatten einige köstliche Stunden im Reize der Humoristika, besonders der musikalischen, erleben dürfen. Mit Till Eulenspiegels Einzugsmarsch ins Reich der Narretei erhielt die Veranstaltung eine Einleitung, die gleich die notwendige Stimmung erzeugte, die mit jeder weiteren Darbietung sich noch mehr steigerte. An allem fand das Publikum den besten Gefallen, ob nun die fidele karnevalsartige Parodien, wo jeder Musiker durch sein Instrument seine Meinung zum Ausdruck brachte, in Betracht kommt oder die originellen Variationen über „Ein Säuer aus Kurpfalz“, oder die Ballettmusik usw. All die musikalischen Vorbildheiten und Abnormitäten so zu Gehör zu bringen, wie es die Harmonie tat,

Interessantes von der M.G.K.

Die Soziallasten sollen am Ruin der Maschinenbaugesellschaft mit Schuld sein — Der Pensionsvertrag des Herrn Generaldirektors a. D.

Es gibt Kreise, die glauben, daß die M.G.K. zuviel in sozialer Hinsicht für die Belegschaft getan und daß dieser Umstand ebenfalls dazu beigetragen habe, die so unglückliche Entwicklung und die damit verbundene Zahlungs Einstellung hervorzurufen. Eines ist sicher, daß die M.G.K. es verstanden hat, sich ein soziales Mäntelchen umzuhängen, mit dem man in der Öffentlichkeit imponieren wollte. In Wirklichkeit hat die M.G.K. nicht mehr und nicht weniger in sozialer Hinsicht getan wie die anderen Geschäfte im Durchschnitt auch leisten. Aber daß die soziale Einstellung der Leitung die schlimme Situation der M.G.K. verschuldet hat, ist voll und ganz richtig. Zutreffend könnte es sein, wenn mit allen Angestellten und Arbeitern so sozial verfahren worden wäre, wie s. B. mit dem früheren Generaldirektor Döberlein. Dieser hat wohl einen Pensionsvertrag, wie ihn, soweit die Höhe der Pension in Betracht kommt, nicht einmal der Karlsruher Oberbürgermeister haben dürfte. Herr D. sicherte sich in diesem Vertrag eine lebenslängliche Pension von 24 000 RM. pro Jahr. Nun soll diese Jahrespension von 24 000 RM. in eine einmalige Abfindung von 240 000 Reichsmark umgewandelt werden. Wirklich beiseiten. Ebenfalls soll ein ehemaliger Oberkriegsgerichtsrat namens Dehn, der wenige Jahre im Geschäft tätig war, mit seinen Pensionsansprüchen recht aus gelassen sei. Daneben besteht dieser Herr noch eine Pension als ehem. Oberkriegsgerichtsrat. Angesichts solcher atrocitäten sozialer Taten braucht man sich nicht wundern, wenn es Leute gibt, die den unglücklichen Ausgang der M.G.K. zum Teil auf die großen sozialen Lasten zurückführen. Aber all diese Gläubigen können sich beruhigen, denn eine wirkliche soziale Großtat seitens der M.G.K. wurde nach oben ausgeführt, aber nicht nach unten. Dort hat man eher den brutalsten Unternehmerstandpunkt bei verschiedenen Anlässen wahrnehmen können. Während s. B. der Herr Generaldirektor sich seine „proletarische Erlösung“ mit einer Pension von 24 000 RM. sichern konnte, wurden Prokuristen, die schon Jahrzehnte ihre bewährte Arbeitskraft dem Betrieb widmeten, gekündigt und diese Männer tun recht schwer, insofern ihres vorgeordneten Alters irgendwo anders unterzukommen. Ein Werkmeister erhielt eine monatliche Pension von 160.— RM., nun erhält er nichts mehr. Das aber bei Herrn Generaldirektors Pension auch so verfahren worden wäre oder daß die Pension eine Kürzung erfahren hätte, davon hat man nichts gehört. Wie man allerdings hierzu erzählt, waren Bemühungen von gewisser Seite, die Pension D.'s zu kürzen, um dafür anderen Leidtragenden etwas geben zu können, erfolglos. Herr D. bestand auf seiner Pension in voller Höhe. Auch spricht die Tatsache, daß die Angestelltengehälter seinerzeit einfach ca. 20 Prozent gekürzt wurden, während an der 24 000 M.-Pension keine Streichung vorgenommen wurde, nicht dafür, daß die soziale Einstellung in der Tat besonders hervorgetreten wäre. Es gab also in der M.G.K. verschiedene soziale Rechte.

So hat, die Arbeiter haben doch immer ihre Lohnforderungen, wenn auch nicht ganz, so doch in zufriedenstellender Weise bewilligt erhalten. Diesen Einwand konnte man in Verbindung mit der Zahlungs Einstellung der M.G.K. öfters hören. Aber das ist auch nicht so, wie man es da und dort vernimmt. Es ist auf den vor einigen Jahren stattgefundenen Streik hingewiesen, wo die Arbeiter von dem letzten Mittel ihrer Waffen, also der Arbeits Einstellung Gebrauch machen mußten, um wenigstens einenmaßen zu ihrem Recht zu kommen. Wenn vielleicht zu einer bestimmten Zeitperiode Lohnbewegungen auf leichtere Weise erledigt werden konnten, so war dies damals alles aber nur kein sozialer Entgegenkommen, wenn man weiß, daß in dieser Zeit die Relationen für Lokomotivbauträge zum Teil so gestaltet waren, daß unbedeutend die Gefehungskosten ein hoher Prozentsatz als Gewinn auf die Produktionskosten geschlagen werden konnte. Mehrumwendungen für Material und Löhne werden einfach einkalkuliert und dadurch erhöht sich die Gefehungskosten und aber auch der auf letztere zu schlagende und garantierte prozentuale Gewinn. Eine Lohnerböschung — wie auch andere gute Materialpreise — brachten also auch einen höheren Gewinn. Auf solche Art können Lohnerböschungen ohne weiteres bewirkt werden, ohne Gefahr zu laufen, daß dadurch die Existenz des Geschäftes in Frage gestellt werden könnte.

Daß bei der M.G.K. das Wort „sozial“ sehr viel im Munde geführt wurde, ist richtig. Das hat man auch schon erfahren, wenn die Leitung der M.G.K. mit der Stadt verhandelte über Unterfertigung ihres Wertes durch die Stadtverwaltung. Bei diesen Gelegenheiten wurde auf die soziale Pflicht der Stadt erinnert, im Interesse der Arbeiterkraft den Betrieb so gut wie möglich zu unterstützen. Während s. B. der Herr Generaldirektor im Interesse der Aufrechterhaltung des Betriebes sein mag, ist aber eine recht sonderbare Sache, insofern dieses die Firma einem Manne eine jährliche Pension von 24 000 RM. ausbezahlt. Auch wird davon gemeldet, daß bei den in den letzten Jahren erteilten Auftragserteilungen seitens der Stadt an die M.G.K. absicht keine soziale Einstellungs gegenüber der ebenfalls finanziell sehr schwer kämpfenden Stadt zu erkennen war, sondern auch die Stadt in gerade nicht entgegenkommender Weise von der Leitung der M.G.K. behandelt worden ist.

Wie man sieht, hat das soziale Mäntelchen der M.G.K. nicht recht sonderbare Farbe. Es ist notwendig, daß angesichts der Bauunternehmungen gewisser Kreise, daß die sozialen Lasten die M.G.K. ruiniert hätten, das wahre Gesicht der sozialen Einstellung der früheren Leitung der M.G.K. — die jetzige ist nicht dazu schuld — im richtigen Lichte gezeigt wird. Man darf die sozialen Ausgaben für die Arbeiter- und Angestelltenchaft doch nicht als Sündenbock für alles machen.

find einfach hervorragende Leistungen, die neben dem humoristischen Einflus auch auf musikalische Höhepunkte zielten. Besonders sticht ins Auge die erste Probe der Kapellenwörter Kurpfalz besungen werden. Und dann das Sertationsquartett von Paolo und Julia! Es war die Ganznummer der urfidele Veranstaltung. Die Komit der beiden Musiker und noch mehr ihre artonische Musik auf den primitivsten Instrumenten erzeugte Zuckungen auf Zuckungen. Und als sie gar am Schluß des Polosch und den aufgeführten Folgen ein recht geläufiges Spiel zu entlocken verstanden, da feste ein Beifallsturm ein, der erst ein Ende nahm, als die beiden Künstler mit einer köstlichen Extragabe aufwarteten. Auch die gemeinsam gesungenen Lieder mit ihren witzigen Texten erzielten ein aktives Publikum. Kurzum, es waren sehr vergnügte, humorvolle und hübsche Stunden, die die Harmonie beehrte und man braucht gar nicht zu wundern, wenn einlaß der Wunsch ausgeprochen wurde, daß die so ruhige Kapelle dieses Konzert noch einmal wiederholen möchte.

* Ist Kriminalkommissar Werner des Giftmords an seiner Ehefrau schuldig? Bekanntlich wurde im Mai letzten Jahres Kriminalkommissar Werner wegen Verdachts, seine Ehefrau vergiftet zu haben, verhaftet. Seit dieser Zeit befindet sich Werner in Untersuchungshaft. Sicherem Vernehmen nach ist die Voruntersuchung abgeschlossen und der Fall kommt in der nächsten Schwurgerichtssitzung zur Verhandlung. Werner ist des Giftmords angeklagt und seine Geliebte, Frau Werne, der Anstiftung hierzu.

(-) Das endgültige Programm des „Badener Heimattages“ festgelegt. Im Interesse der reibungslosen und genauesten Orientierung aller Besucher des Heimattages war es angebracht, schon so frühzeitig wie möglich, Art, Inhalt und Termine der geplanten Darbietungen während des Welttreffens der Badener festzulegen. Dieses Unternehmen bedeutet eine nicht zu unterschätzende Arbeit, da sich eine Menge technischer Schwierigkeiten in den Weg stellten. Umso mehr ist es nun zu begrüßen, daß in der Sitzung des Hauptauschusses des Badener Heimattages am 21. d. Mis. das Programm nicht nur in „aroben Zügen“, sondern bis ins kleinste endgültig entschieden wurde. Die Bezeichnung der Veranstaltung „Welttreffen der Badener“ ist in vollstem Sinne berechtigt, da es kaum einen Kulturstaat gibt, von dem nicht Besucher zum Heimattage angemeldet sind. Die Herausgabe des Programmheftes wird umgehend erfolgen.

Der Maskenball der Concordia löste wiederum eine zahlreiche Besucherhaft in die Festhalle. Das Treiben auf diesen Bällen ist immer das gleiche. Es wird getanzt, geküßt, geflirt, Wisse gemacht, noch mehr Lärm, getrunken, das ganze heißt dann „Stimmung“. Bei der Concordia geht es immer, dank der guten Vorbereitung ihrer Veranstaltungen, geordnet und anständig zu. Die überwiegende Mehrzahl der Besucher, die Damen nahezu ausschließlich, erschienen maskiert oder kostümiert. Originelle Masken, solche also, die irgend eine wichtige Idee verkörpern, waren wenig vertreten, das Hauptkontingent der Besucher stellten die einheimischen und fremdländischen Nationaltrachten. Das Preisgericht hatte keine leichte Arbeit. Stellten sich doch nicht weniger wie 103 Masken ihrem Urteil. Folgende Masken wurden ausgezeichnet: Gruppenpreise: 1. Vier Vögel, die schon beim Maskenball des Zentralverbandes der Angestellten durch ihre hübschen Kostüme auffielen. 2. Oberhofen. 3. Concordianerfalter. 4. Chinesen. Damenpreise: 1. Schneeförmlein. 2. Schmetterlingskammer. 3. Romet. 4. Ofende. 5. Modistin. 6. Verlehrsäusmann. Herrenpreise: 1. Concordianerfalter. 2. Tigerfelle. 3. Kofalenoffizier. 4. Grod. Com-Bo. — Das Preisgericht dürfte nach dem Beifall der Beurteiler „aus dem Volke“ mit seinem Urteil das Richtige getroffen haben.

Volksbühne. Die Volksbühne Karlsruhe e. V. hält Dienstag, den 28. d. Mis., im Gartenaal des Friedrichshofs, ihre alljährliche jahresgemäße ordentliche Mitgliederversammlung ab. Die Tagesordnung wurde in den Monatsblättern der Volksbühne bekannt gegeben. Jedes Mitglied hat Sit und Stimme in der Versammlung. Eine möglichst zahlreiche Beteiligung der Mitglieder ist dringend erwünscht.

(-) Reissgräberüberföhrge. Sonntag, 2. Februar, findet pünktlich 11¼ Uhr im Bürgeraal des Rathauses zu Karlsruhe die Kon-

desverbandstagung des Landesverbandes Baden des Volksfreund-Deutsche Kriegsgedächtnisfeier statt. Der Bundespräsident, Reichsminister a. D. Dr. Gehrke, wird an derselben teilnehmen. Die Mitglieder ist die obere Saalgalerie freigegeben.

Die Jahreshauptversammlung des Gesangsvereins der Pflanzgartenbauern von Janker & Maß fand am Samstag, den 18. Januar im Vereinsaal zur Beraria statt und hat einen sehr schönen Verlauf genommen. Nach Erhaltung von Jahresberichten, Berichten und Bericht der Kassenzustände wurde der Gesamtbericht der Jahresversammlung durch den Vorsitzenden Herrn Janker & Maß vorgetragen. Der Bericht wurde einstimmig angenommen. Der 1. Vorsitzende konnte um 10.15 Uhr die Versammlung schließen. Mit einigen Vorträgen fand die in allen Teilen harmonisch verlaufene Versammlung ihren Abschluß.

Bad. Landesheute. Auf das am heutigen Montag, 27. Januar im Landesheute stattfindende 5. Sinfoniekonzert unter Leitung von Josef Kriss sei hiermit nachdrücklich hingewiesen. Unter der Wirkung Ottomars Volgas (Violone) wird Dahnys „Sinfonie des Schmelzmeisters“ in Es-dur, Lafos Sinfonie op. 90 und die 2. Sinfonie in D-dur zu Gehör kommen.

Veranstaltungen

Maskenball der Typographia. Unter dem alten, liebgehabten Motto „Der Kerne Wortmarkt“ veranstaltet und in diesem Jahre und zwar am Samstag, 1. Februar, im hiesigen Räumern der Stadt. Festhalle die Typographia ihren Maskenball. Die Vereinsleitung hat es sich ernstlich überlegt, ob nicht wirtschaftlich schwerer Zeit zur Abhaltung von Maskenbällen geeignet ist, hat sich aber zu der Auffassung bekannt, daß ohne Prestige und Humor auch erste Zeiten nicht zu überwinden sind und Treffens-Ausstellungen auf den harten Kampf des Lebens führen zu können. Die Festhalle wird wieder eine entsprechende Dekoration erhalten. Die der Witziger Witz- und Kernbestimmung angepaßt ist. Am Abend werden vier Kapellen für antedende Balls- und Unterhaltungs-musik sorgen. Im großen Saale werden sich die Feuerwehrlagern unter Leitung von Herrn Zranga und der Musikverein unter Leitung ihres Dirigenten Leonhard durch alte und neue Tanz-schlager bemühen. Die Tanzlustigen aufziehen im hiesigen Salonorchester Ludwig wird mit verlockenden Jazzweisen im hiesigen Saal für die des großen Trubels Entlohenen aufspielen. Schrammelmusik noch echt Münchener Art wird im Biergarten am Schloßpark gespielt. Die Besichtigung des neuen Ludwigerorchesters. So man erwartet, diese befreit das neue Ludwigerorchesters.

Freireligiöse Gemeinde. Am heutigen Montag, 27. d. Mis., findet im Saalzimmer des Friedrichshofs die jährliche Generalversammlung statt. Da in ihr insofern des Weganges des Herrn Schmitt die Weidgerechtigkeit besprochen wird, ist zahlreiches Erscheinen erwünscht. Beginn 8.15 Uhr.

Karneval-Gesellschaft Koblenz. Wie aus dem Interimell ersichtlich, bezieht die Karnevalsgesellschaft des „Gesangsvereins Koblenz“ am Sonntag, den 2. Februar, nachmittags 3 Uhr, im großen Festsaal der hiesigen dreihundertjährigen Weidwerks durch eine großartige, mit antedendigen Maskenball. Der Estreit hat keine Mühe und sollen gelehrt, die Sitzung zu einer ständigen zu gestalten. Eine große Anzahl anwesender und hiesiger Karnevalsgesellschaften, darunter die „Neuerer Karnevalsgesellschaft“ werden sich in ihren Masken und die „Große Karnevalsgesellschaft Mainz“ werden sich auf dem Podium ein feierliches Bild entwickeln. Bis Mitteverabend werden die Preise wie „Belmer Beier“ — fünf Maler von antedendigen Theater und sonstige Größen gewonnen, jedoch jeder Besucher angeordnet und frohe Stunden in unserem Karneval erleben wird. Der Veranstaltung der Zeit entsprechend wird wäbig gehalten und ermöglicht, indem an der Sitzung teilnehmen, darum alle auf zum großen Festsaal. Alles andere ist im Interimell und an den Platofalten ersichtlich.

Wiederholung des humoristischen Konzerts der Harmonie in der Festhalle. Am nächsten Mittwoch abend wird das Konzert der Harmonie noch einmal wiederholt.

Auskunft

über Einreisebestimmungen, Schiffsverbindungen und Fahrkarten nach

Canada

durch Norddeutscher Lloyd Bremen und seine sämtlichen Vertretungen in Karlsruhe, Lloyd-Reisebüro Goldfarb, Kaiserstr. 181, Ecke Herrenstr., Baden; Norddeutscher Lloyd, Vertretung Baden-Baden, Lloyd-Reisebüro G. m. b. H., Am Leopoldplatz; in Osnabrück: Becht & Gehring, Güterbahn.

Tierschutz-Verein Karlsruhe e. V. Lichtbilder-Vortrag

Die Hauptversammlung findet am Montag, den 10. Februar 1930, abends 8 Uhr im Gartenhof des Hotel-Restaurants „Friedrichshof“ statt. Tagesordnung: 1. Tätigkeitsbericht, 2. Rechnungsabrechnung, 3. Entlassung des Vorstandes und des Kassiers, 4. Bericht des Vorstandes, 5. Bericht des Kassiers, 6. Vortrag des Herrn Schriftführer Ludwig Wackerbarth: „Mensch und Tier im Wandel der Jahrhunderte“ (mit Lichtbildern). Die Mitglieder und alle Freunde der Tierliebhaber-Vereine sind freundlich eingeladen. 1930

GROKAGE

3 Veranstaltungen

Gesamtpreis: Mitglied (Hauptkarte) 6 Mk., Mitglied (Beikarte) 5 Mk. (einschl. Mitgliedsbeitrag), Nichtmitglied . . . 8 Mk. Mitglieder reservierte Plätze. Schlusstermin für Zahlung des Mitgliedsbeitrages: Hauptkarte 2 Mk., Beikarte 1 Mk. bei Fritz Müller und im Verkehrsverein 1. Februar 1930

Karnevals-Gesellschaft des Gesang-Vereins „Badenia“ E. V.

Sonntag, den 2. Februar 1930, nachmittags 3.11 Uhr im großen Saale der Städtischen Festhalle

Große Damen- und Fremden-Jubiläumssitzung

anlässlich des 30jährigen Bestehens unter Mitwirkung hiesiger und auswärtiger Bühnenedner. Nach Schluß der Sitzung

Großer Maskenball

Saaiöffnung 2 1/2 Uhr. — Alles Nähere siehe Plakatsäulen. — Karnevalistische Kopfbedeckung obligatorisch und am Saaleingang erhältlich. Kostümierung gestattet. Unsere Mitglieder verweisen wir auf das ergänzende Rundschreiben. 1930

Badische Landes-gewerbehalle Karlsruhe

Wander-Ausstellung Badische Werkchau

Arbeiten der Landesgruppe Baden des Deutschen Werkbundes. Besuchszeit: Werktags 10-13 und 15-17 Uhr, Montag vormittag und Samstag nachmittag geschlossen, Sonntags 11-13 Uhr. Eintritt frei. Eintritt frei

Unstreitig der stärkste blaue Arb. Anzug - innen weiß mit Nieten - bar zu Mk. 11.50 u. 12.50 (Das beste v. Besten) bei Friedrich, Zirkel 25a, Ecke Ritterstr. (Mitglied der SPD)

Pädagogium Neuenheim Heidelberg

Kl. Gymnas.- u. Realklass.: Sexta-Abitur. Seit 36 Jahren bewährte Einrichtung für geistige und körperliche Erziehung. Arbeitsstunden, Einzelhandlung, Umschulung, Chem.-physikalisch, Praktikum, Rudern, Sport, Einzelzimmer, Eigene Landwirtschaft. Gute Verpflegung. Erfolgreich u. Drucksachen. 50

Badisches Landestheater

In der Stadt, Festhalle: Montag, den 27. Januar 1930

5. Sinfonie-Konzert

Leitung: Josef Sripis. Solist: Ottomar Voigt (Violine). Programm: Sinfonie Es-dur „Der Schulmeister“ — Valz: Sinfonie espagnole — Brahms: II. Sinfonie D dur. Anfang 20 Uhr. Ende 22 Uhr. I. Rang und I. Sperrf. 5.00 Mark. 176

Instrumental-Verein Eintracht

Mittwoch, den 29. Januar 1930, abends 8 Uhr, im „Eintracht-Saal“

II. KONZERT des Instrumental-Vereins

Mitwirkende: Fräulein Elisabeth Neumann, Violinistin, Orchester des Instrumentalvereins, Leitung: Herr Musikdirektor Theodor Wenzel. 1. Ouvertüre: Gänther von Schwarzbach Franz Holzner, 2. Divertimento für 2 Englischhörner, 2 Hörner, 2 Fagotte und Geigen (Erfahrung) Jof. Huber, 3. Sinfonizent Es-dur W. A. Mozart, 4. Sinfonie Es-dur Jof. Strauß (Erfahrung)

Eintrittskarten für Mitglieder beider Vereine zu 50 Pf., für Nichtmitglieder zu 2 RM und 1 RM in den Musikalienhandlungen Fritz Müller und Franz Tafel sowie an der Abendkasse.

Kulturaufgaben der Gegenwart und die Pädagogik Rudolf Steiners

Vier öffentliche Vorträge von Lehrern der Freien Waldorfschule Stuttgart jeweils 8 1/2 Uhr abends

1. Freitag, den 31. Januar, im großen Saal der Handelskammer, Karlsruhe 10, Dr. v. Baravalle: Welche in der Zeitkultur begründeten Hemmnisse treten heute einer pädagogischen Arbeit entgegen? 2. Freitag, 7. Februar, ebenda, Hans Rutz, Pädagogisch-Kantarisches aus einer unteren Waldorfschulklasse, mit Vorführung und Ausstellung von Schülerarbeiten. Für die Vorträge am 14. und 21. Februar folgt neue Anzeize

Anthroposophische Gesellschaft Ortsgruppe Karlsruhe

Verein für ein freies Schulwesen. Gesamtkarte für alle vier Abende 3.50 Mark, Einzelkarte 1.-Mark. Ermäßigung möglich. 1371

Schnellnoch Carmol holen

darf in keinem Hause fehlen. Wie oft kommt es vor, daß man nachts irgend welche Schmerzen leidet. Man wird von Kopfschmerzen geplagt, das Zahnfleisch oder ein kochl. Zahn, Heuschnupfen, Wadenkrampf, Rheuma, Kreuz- oder Gliederschmerzen quälen einen. Hilfe bringt Kammiterpin **CARMOL**. Man verlangt in Apotheken und Drogerien ausdrücklich **CARMOL Carmol tut wohl**. Preis Mk. 1.50 und 2.75. Carmol-Fabrik, Rheinsberg (Mark). Drogerie Lisch, Herrenstraße 19, Drogerie Tscherning, Amalienstr. 19

Leere Kisten

hat abzugeben Schuhhaus Emsu, Wallstraße 201.

Volksbühne

Dienstag, 28. Januar, 20 Uhr, im Gartensaal des „Friedrichshofes“ Karl Friedrich-Str. 10

Ordentliche Mitglieder-Verlammlung

Tagesordnung laut Monatsblatt. Die Mitglieder sind herzlich eingeladen. Sie haben Sitz und Stimme.

Deine Zeitung Volksfreund

Eine Stunde des Tages gehört Deiner Zeitung, dem Volksfreund. Aber lese ihn nicht nur, sondern werbe auch für ihn in Deinem Freundes- und Bekanntenkreis

Montag, Dienstag, Mittwoch vom 27. bis 29. Januar einschl.

Reste und Abschnitte

in Kleiderstoffen, Seidenstoffen, Waschstoffen, Wäschestoffen, Kleider-Velours usw.

auf Extrastischen im Erdgeschoß enorm billig!



100 PROZENT

mehr Verdienst durch drei Worte ständig originell auffallend inserieren

Todes-Anzeige

Verwandten und Bekannten die traurige Mitteilung, daß mein lieber Mann, unser guter Vater, Bruder, Onkel, Schwager, Schwiegervater und Großvater

Karl Leppert

im Alter von 60 1/2 Jahren am Samstag abend nach kurzer, schwerer Krankheit, unerwartet verschieden ist. Karlsruhe, den 27. Januar 1930. 1378 Körnerstraße 34

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen: Frau Elise Leppert Wwe. geb. Föhrenbach. Die Beerdigung findet am Dienstag, 28. Januar, 1/3 Uhr, von der Friedhofkapelle aus statt.

Billige Bücher!

errichtet von der Deutschen Dichter-Gedächtnis-Stiftung

Heinrich von Kleist Gedichte, Briefe, Fragmente dieses gegenwärtigen Geistes. Albrecht Dürer Die kleine Passion / 37 Holzschnitte. Friedr. Ludw. Jahn Ein Dokument der sogen. politischen Romantik, zusammengestellt aus Schriften, Briefen, Reden. Franz Schubert Ein Lebensbild des lebenswerten Musikers aus Briefen und zeitgenössischen Äußerungen. Goth. Ephraim Lessing Bruchstücke, und dennoch in jedem Teilchen das Ganze des großen bürgerlichen Revolutionärs. Jedes dieser kleinen Bändchen die ein Bild des Mannes und der Epoche vermitteln wollen, kostet einlach kartoniert RM 0.60 1.50

Leinen gebunden . . . RM. Volksfreund-Buchhandlung Waldstraße 28 Fernruf 7030/21

Mietervereinigung Karlsruhe (V.)

Berücksichtigt bei Euren Einkäufen frei die Interessen dieser Mieter!

Arbeiter!

Berücksichtigt bei Euren Einkäufen frei die Interessen dieser Arbeiter!